

A white outline map of the region of Unterfranken, Germany, is centered on a blue background. The map shows the regional boundaries and internal district divisions.

Heimat mit Zukunft.



UNTERFRANKEN 2020



Bezirksverband **UNTERFRANKEN**

INHALT



Vorwort	3
HEIMAT, KULTUR UND BRAUCHTUM	4
WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TOURISMUS	8
INNERE SICHERHEIT, SCHUTZ DER BÜRGER	14
FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT	18
SCHULE, BILDUNG UND SPORT	24
MIGRATION UND INTEGRATION	28
GESUNDHEIT UND PFLEGE	34
VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND BREITBAND	40
LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, VERBRAUCHERSCHUTZ	46
DEMOGRAFIE, FAMILIE UND SOZIALES	52
JUGEND IN VERANTWORTUNG	56
Autoren und Arbeitskreis-Leiter	60
Impressum und Kontakt	61
Die CSU in Unterfranken	63

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE UNTERFRÄNKINNEN, LIEBE UNTERFRANKEN,

Unterfranken ist ein starkes Stück Bayern in der Mitte Deutschlands und Europas. Das macht uns attraktiv, weil wir von der Nähe zu den benachbarten Metropolregionen profitieren und trotzdem ein eigenständiges Profil besitzen – mit starken Zentren, herrlichen Landschaften, einem großen kulturellen Angebot und einer hervorragenden Wirtschafts- und Bildungslandschaft. Das schafft Chancen und Zukunftsperspektiven.

Kaum eine Region ist so geprägt durch kleine und mittlere Unternehmen, durch Handwerker und Freiberufler wie Unterfranken. Viele Mittelständler sind in ihrem Segment Weltmarktführer, sogenannte „Hidden Champions“, die zur hohen Innovationskraft Unterfrankens beitragen.

Gleichzeitig zählt Unterfranken mit der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Aschaffenburg und Würzburg-Schweinfurt zu den stärksten Forschungsregionen in Deutschland. Eine strategisch gute Lage und eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur bindet Unterfranken an die deutschen und europäischen Wirtschaftsräume an – auf der Schiene, der Straße und dem Wasser. Mit den Luftdrehkreuzen in München, Nürnberg und Frankfurt stehen unseren Unternehmen und Bürgern die ganze Welt offen.

Unterfranken bietet Kultur und Lebensqualität – mit erstklassigen Weinen, reizvollen Landschaften, ausgeglichenem Klima und einem kulturellen Erbe von Weltrang. Auch deshalb wird Urlaub in Unterfranken immer beliebter und der Tourismus zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor.

Die CSU Unterfranken hat viele ihrer politischen Ziele aus ihrem seit 2012 bestehenden Zukunftspapier umgesetzt. Dadurch konnten wir das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler in unsere Politik stärken.

Unsere neuen Ziele wurden mit dem bestehenden Programm abgeglichen und in zahlreichen Workshops sowohl mit internen als auch mit externen Fachleuten in meist öffentlichen Veranstaltungen beraten, überarbeitet, angepasst und teilweise ganz neu definiert. Die Themenfelder Migration und Integration aber auch das Thema Jugend in Verantwortung und das weite Feld der Digitalisierung wurden neu in unseren „Unterfrankenplan“ aufgenommen.

Die CSU Unterfranken ist stolz auf das Erreichte. Sie gibt sich damit aber nicht zufrieden. Sie will mit diesem neuen Zukunftsprogramm unsere Region weiter voranbringen.

Mit unserem „Unterfrankenplan“ zeigen wir, welche Chancen sich für Unterfranken in der Zukunft eröffnen und wie daraus ein neuer Entwurf „Heimat mit Zukunft – Unterfranken 2020“ entstehen kann. Dieser Leitfaden will zum einen Denkanstoß sein, und zum anderen Handlungsanleitung für unsere politischen Verantwortlichen. In einem sich massiv verändernden Umfeld, wollen wir mit neuem Mut das Erfolgsmodell Unterfranken weiterzudenken.

„Heimat mit Zukunft“ haben wir als Titel für unseren neuen „Unterfrankenplan“ bewusst gewählt, weil uns der Begriff Heimat wichtig ist, weil er Wohlfühlfaktor und Lebensgefühl für die Region deutlich macht. Zukunft haben wir gewählt, weil wir Perspektiven bie-



ten wollen für die Menschen in der Region in einer zunehmend global handelnden Gesellschaft und einer immer schnelllebigeren Zeit.

Wer Ziele definiert, muss sich an diesen auch messen lassen, hat einen klaren Weg und kann auch rechtzeitig gegensteuern. Wir stellen uns dieser Aufgabe!

Heute arbeiten rund 16.500 Mitglieder in zwölf Kreisverbänden und 430 Ortsverbänden für den Erfolg der CSU Unterfranken. Als Vorsitzender darf ich den vielen Engagierten in unseren Verbänden und Gliederungen danken, die ihre Kompetenz in dieses Zukunftspapier eingebracht haben.

Herzliche Grüße

Gerhard Eck MdL
CSU-Bezirksvorsitzender
Staatssekretär



Fränkische Volksmusik erklingt im Casteller Schlosspark

HEIMAT, KULTUR UND BRAUCHTUM

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Unterfrankens unverwechselbare Kunst und Kulturgeschichte sichtbar machen im neuen „Fränkischen Landesmuseum“ auf der Festung Marienberg in Würzburg.
- Alleinstellungsmerkmal Wein Wasser Wald präsentieren.
- Schutz unserer Baudenkmäler sicherstellen.
- Regionale Kulturkonzepte fördern und Festspielaktivitäten stärken.

Unterfranken bietet Kultur und Lebensqualität mit erstklassigen Weinen, reizvollen Landschaften, ausgeglichenem Klima und einem kulturellen Erbe von Weltrang. Unser Brauchtum, unsere Kultur und unsere Traditionen sind fester Bestandteil des Lebens- und Heimatgefühls.

Mit einer Volksabstimmung hat Bayern im September 2013 gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land in den Verfassungsrang erhoben.

Bayern hat als erstes und einziges Bundesland für den Erhalt der Heimat mit seinen Traditionen und seinem Brauchtum ein eigenes Heimatministerium geschaffen, damit die Regionen gestärkt und die Sensibilität für Brauchtumpflege und regionale Besonderheiten stetig und nachhaltig gestützt werden.

Regionale Identität

Die differenzierte Betrachtung der unterfränkischen Geschichte ist von besonderer Bedeutung. Unterfranken gehört erst seit rund 200 Jahren zu Bayern. Um diese Besonderheit, Vielfalt und Eigenart für die Zukunft zu vermitteln, ist insbesondere ein überzeugendes Museumskonzept für das im Aufbau befindliche Fränkische Landesmuseum auf der Festung in Würzburg zu entwickeln. Ein Konzept zur Präsentation des wichtigsten unterfränkischen Kulturgutes „Wein, Wald, Wasser und Garten“ sollte zudem engagiert verfolgt werden.

Besonders wichtig ist auch eine zeitgemäße Präsentation archäologischer Sammlungen. Nur wer seine Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten. Dem Erhalt und der Pflege der außerordentlich vielfältigen Baudenkmäler und

Zeugnisse christlicher Frömmigkeit kommt eine große Bedeutung zu.

Eine große Zahl an Kleinkunsträumen, Theatern und Bühnen prägen unsere Heimat. Dezentrale Kulturkonzepte sind zu fördern und die vielen regionalen Festspielaktivitäten zu unterstützen. Dazu gehören alle Bildungsbereiche und Einrichtungen für Musik und Gesang sowie für die bildenden und gestaltenden Künste.

Kulturtradition zukunftsfähig gestalten

Unterfrankens reiches historisches und kulturelles Erbe spiegelt sich in der unübersehbar großen Zahl herausragender Baudenkmäler wieder. Gerade die Bestrebungen der Denkmalpflege, den Bedürfnissen der jungen Generation in einer ansprechenden Nutzung historischer Bausubstanz Rechnung zu tragen, sind zu unterstützen. Nur so kann es gelingen, der Verödung von Ortskernen und Dörfern entgegen zu steuern und junge Menschen im Ort zu halten.

Die Kulturtradition Unterfrankens gilt es in unserer mobilen und globalen Welt einerseits zu bewahren, andererseits aber auch offen und ideenreich für die Zukunft weiter zu verändern. Unterfranken ist seit jeher eine offene und gastfreundliche Region. Schon immer siedelten hier unterschiedliche Volksstämme. Sie trugen dazu bei, dass sich ein reiches Kulturleben entwickeln konnte. Diese Kultur schlägt sich heute in einer Vielzahl von überregional bedeutsamen Museen nieder. Die vorhandenen Museen sind didaktisch anspruchsvoll und zeitgemäß zu überarbeiten.

Andere Projekte hingegen harren noch einer Realisierung wie ein zentrales Römermuseum am obergermanisch-rätischen Limes,

einem UNESCO-Welterbe. Nicht unerwähnt seien auch die aktuellen Herausforderungen einer fachgerechten Deponierung von archäologischem Fundgut.

Die Planung der Zukunft muss eine Zersplitterung der Museumslandschaft verhindern, deshalb sind regionale Sammlungen und Ausstellungen geordnet zu entwickeln. Diese sollten ein Musterbeispiel für regionale Zusammenarbeit, Ehrenamtlichkeit und der Unterstützung durch Fördervereine sein. Vorbildlich ist auch die geplante Museumsmeile in Aschaffenburg, in der eine Reihe von Museen koordiniert und gemeinschaftlich präsentiert werden.

Vereine als der Grundpfeiler unserer Gesellschaft erhalten

Das Vereinsleben wird sich in den nächsten Jahren weiter verändern, hin zu mehr Initiativen, zu Projektarbeit und weg von langfristigen Bindungen. Diese Entwicklung ist von den Verantwortlichen zu begleiten, um die Qualität in der Kulturarbeit intensiv zu fördern und auch zu fordern. Kulturverwaltungen müssen sich immer mehr zu Dienstleistern entwickeln, die den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach regionaler Identität und der Stärkung der Eigenarten ihrer Region oder ihres Heimatortes möglich machen. Veranstaltungen und Projekte, bei denen Inklusion im Zentrum steht, genießen dabei die besondere politische Unterstützung.

Jugendförderung bei Kultur und Musik

Die beste Investition in unsere Jugend ist deren kulturelle Ausbildung in allen Kulturbereichen, deshalb sind die vielfältigen Bestrebungen der Ausbildungsrichtungen der klassischen Musik, der traditionellen Volksmusik, des

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Förderung von Bildungseinrichtungen für Musik, Gesang, bildende sowie gestaltende Künste.
- Erhalt unserer typischen Ortskerne durch Förderprogramme.
- Schaffung eines Römermuseum am obergermanischen Limes.
- Umsetzung der Museumsmeile Aschaffenburg.
- Vereinsarbeit als Kulturarbeit anerkennen, stärken und fördern.



Pompejanum, Aschaffenburg

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Kunst und Musik als Mittel der Integration stärken.
- Senioren verstärkt für ehrenamtliche Kulturarbeit gewinnen.
- Lust auf Ehrenamt steigern durch Bürokratieabbau im Vereins- und Steuerrecht.
- Kultur und Tourismus positiv verknüpfen und als Standortfaktor auch für Betriebsansiedlungen nutzen.
- Neue Traditionen wie Fasnacht in Franken ausbauen.
- Unterstützung der Arbeit unserer Bezirks- und Kreisheimatpfleger.
- Finanzielle Unterstützung der Kommunen und Allianzen für Regionalmanagement und interkommunale Entwicklung.

Chorgesangs und der Populärmusik nachhaltig zu unterstützen. Musik kann neben dem Sport gerade auch für die Integration von Neubürgern die Bindung schaffen, die unsere Gesellschaft braucht, um zusammenzuwachsen.

Die ländlichen Bereiche brauchen mehr denn je ein aktives Vereinsleben, um der Abwanderung der Jugend in die Großstädte Einhalt zu gebieten. Dezentrale Kulturkonzepte tragen dazu bei, die strukturellen Entwicklungen im ländlichen Raum aufmerksam und nachhaltig zu begleiten. Die Fortbildungseinrichtungen dafür sind vorhanden.

Erfahrungen und Vitalität engagierter Senioren nutzen

Der demografische Wandel birgt für die Kulturarbeit große Chancen, die unbedingt wahrzunehmen sind. Gut ausgebildete, jung gebliebene, engagierte Seniorinnen und Senioren können ihren reichen Erfahrungsschatz in die Kulturarbeit im Bereich Musik, Theater, Kleinkunst, Malerei und Geschichtsforschung einbringen.

Die Politik kann hierfür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen wie z. B. die kulturfreundlich auszugestaltende Künstlersozialabgabe sowie bürgerfreundliche Regelungen im Bereich des Vereins- und Steuerrechts. Diese Voraussetzungen sind wichtig, um bei den Menschen die Lust auf das Ehrenamt zu steigern und insbesondere die Voraussetzungen zu schaffen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in den Vereinen gerne und mit Freude engagieren.

Vielfalt unserer regionalen Kulturveranstaltungen sichern und unterstützen

Neben den seit Jahren bestehenden kulturellen Leuchtturmveranstaltungen ist es gerade in den vergangenen zwanzig Jahren gelungen, auch außerhalb der Oberzentren Festivals von überregionaler Bedeutung zu entwickeln. Dies war möglich durch eine konzeptionelle, saubere Positionierung. Diese auch touristisch gut zu vermarktenden Festivals müssen weiterhin unterstützt und weiterentwickelt werden. Parallel dazu ist die Vielzahl regionaler Kulturveranstaltungen dringend notwendig. Für unsere Gesellschaft und der Gewinnung von Betriebsansiedlungen ist die Entwicklung der weichen Standortfaktoren unverzichtbar.

Die Einbindung ehrenamtlicher Strukturen im Festspielbereich wie auch bei musikalischen Veranstaltungen ist zu fördern. Zu nennen wäre hier beispielsweise das Musikfestival Saale Musicum, die Fränkischen Musiktage Alzenau, die Passionsspiele in Sömmersdorf oder die reiche Festspielkultur in vielen historischen Städten in Unterfranken.

Die Kulturgeschichte einer ganzen Region auf attraktive Weise in Form von Wanderwegen und Akti-



Deutsches Fasnachtmuseum, Kitzingen

onen zu präsentieren, vernetzt mit den örtlichen Vereinen, macht sich seit Jahren das Archäologische Spessartprojekt zur Aufgabe. Mauerreste und Fundamente von unzähligen Burgen und Schlössern wurden inzwischen archäologisch freigelegt und wissenschaftlich begleitet.

Tradition, Brauchtum und Heimatpflege bewusst vermitteln

In Zeiten moderner Kommunikationsmöglichkeiten ist bei staatlichen Stellen darüber nachzudenken, ob durch dezentral umgewidmete Beratungskompetenz, die begrenzten Ressourcen vor Ort besser genutzt werden können. Kulturarbeit lebt nicht von einer ständig steigenden Förderung, sondern von durchdachten Projekten, von qualitätvollen Künstlern und einem gedeihlichen Miteinander von Bürgerinnen und Bürgern und den Kulturschaffenden.

Gerade auch in den traditionellen Bereichen der Heimatpflege hat sich ein moderner Ansatz durchgesetzt, der eher in die Zukunft schaut. Tracht zu tragen, ist wieder „in“. Hier sollten wir Unterfranken selbstbewusst eine regionale Vielfalt von Kleidung, entsprechend ihrer Tradition, entwickeln. Im Bereich der Mundart ist dies durch unsere überregional bekannten Kabarettisten bereits hervorragend gelungen.

Einen zukunftsweisenden Weg gehen auch Bezirksheimatpflege und Universität mit ihren Online-Datenbanken zur fränkischen Landes- und Kulturgeschichte:

Regionalmanagement

Die Entwicklung des ländlichen Raumes hängt ganz maßgeblich davon ab, dass das schon vorhandene Potential ausreichend genutzt werden kann und eine Basis des Vertrauens aufgebaut wird.



Kirchweih in Sennfeld

Anstatt einzelner Ziele in unseren Kommunen müssen gemeinsame Ziele von Regionen erarbeitet und umgesetzt werden.

Dies geschieht bereits in sogenannten „Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten“. Diese von professionellen Regionalmanagern betreuten Allianzen arbeiten eng mit den überregionalen Entwicklern in den Landratsämtern sowie der Regierung zusammen. Gemeinsame Industriegebiete, gemeinsame Kultur- und Kunstförderung ebenso wie abgestimmte Infrastrukturprojekte fördern den Standort und machen diesen auch für Neubürger und Jugendliche interessant und lebenswert. Durch attraktive Wohnquartiere, anspruchsvolle Bildungseinrichtungen, Kleinkunst in der Region und Kultur auch in den Mittel- und Kleinzentren kann die Flucht in die Ballungsräume verhindert werden. Dazu bedarf es weiterhin großzügiger Förderkassen durch Staat und Politik.

„Unser Brauchtum, unsere Kultur und unsere Traditionen sind fester Bestandteil des Lebens- und Heimatgefühls.“



Gewerbegebiet, Lohr am Main

WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TOURISMUS

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Fortführung der regionalen Wirtschaftsförderung und des bayerischen Mittelstandsprogrammes.
- Im Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die I-Factory in Schweinfurt installieren und durch die FHWS begleiten unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten.
- „Digitalisierungszentrum Unterfranken“ etablieren mit Fördergeldern des Freistaates.
- Status der bayerischen Regionalförderung dem Bedarf anpassen und überprüfen.

Welche neuen Ideen und Rahmenbedingungen müssen verwirklicht werden, damit Unterfranken innovativ, produktiv und attraktiv bleibt? In einer weltweit vernetzten und sich ständig verändernden Wirtschaft wächst der Druck auf alle Regionen: Im Vergleich zu deutschen Ländern ist Bayern und Unterfranken zwar Spitze, aber als Region mit einem Exportanteil von über 40 Prozent müssen wir auch mit der Dynamik anderer Wirtschaftsregionen, insbesondere mit den sogenannten Schwellenländern, mithalten.

Wir brauchen beste Rahmenbedingungen für einen produktiven Mittelstand und unser Handwerk. Wir wollen den Menschen in Mainfranken eine attraktive Arbeitswelt bieten. Und wir wollen mit Innovationen die Lebensqualität für die Menschen in Bayern verbessern.

Unterfranken zeichnet sich durch eine leistungsstarke Wirtschaftsstruktur mit vielen mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben, einem er-

folgreichen Dienstleistungsbereich, einer modernen Tourismusbranche und einer ausgezeichneten Forschungslandschaft aus. Stabiles Fundament ist die Industrie: Jeder vierte Arbeitnehmer ist im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Schlüsselbranchen sind der Maschinenbau, der Fahrzeugbau sowie die Herstellung elektrischer Ausrüstungen.

Die CSU wird ihren Teil dazu beitragen, Unterfranken die nächsten Jahre Stück für Stück zum Standort höchster Innovationskraft und somit Wirtschaftsstärke zu machen. Dazu muss die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eng vernetzt werden zur stetigen Stärkung der regionalen Unternehmen und der Kommunen.

Wirtschaft

Die regionale Wirtschaftsförderung ist nach wie vor ein Erfolgsmodell für den Mittelstand. Dadurch wurden in den vergangenen Jahren auch in Unterfranken viele Arbeits-

plätze geschaffen und Investitionen getätigt.

Das bayerische Mittelstandskreditprogramm ist ein Erfolgsfaktor für kleine und mittlere Unternehmen und stärkt auch Unternehmensgründungen und Start-Ups.

Das für Unterfranken beschlossene Digitalisierungszentrum in Verbindung mit unseren Gründerzentren muss schnell etabliert werden, um die heimische Wirtschaft und die Start-Up-Szene in Unterfranken zu stärken.

Bayern stärkt durch die Regionalförderung seine Regionen. Allerdings sollte der jeweilige Status dem aktuellen Bedarf angepasst werden. Die derzeitige Regelung, dass circa 70 Prozent der Fördermittel in die Regionen Oberpfalz und Niederbayern fließen, sollte überdacht und angepasst werden.

Industrie 4.0 - Digitalisierung

Fachleute in Wirtschaft und Forschung sprechen von einer vierten industriellen Revolution, wenn von Digitalisierung die Rede ist. Für diese Veränderung hat sich bereits eine Vielzahl von Begriffen eingebürgert: „Digitalisierte Fabrik, Smart Factory oder auch Industrie 4.0“. Die für manche heute noch futuristisch und abstrakt klingenden Begriffe beschreiben tatsächlich den technischen Fortschritt dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft und unsere unterfränkische Wirtschaft enorm sind. Die Digitalisierung beeinflusst das gesamte Wirtschaftsleben. Sie betrifft große und kleine Unternehmen, weil diese Schritt halten müssen, sie tangieren die Arbeitnehmer, denen neue Qualifikationen abverlangt werden, genauso wie den Verbraucher. Die Frage, ob wir bei dieser technologischen Entwicklung mithalten, am besten sogar mitgestalten und mitbestimmen können, entscheidet über unsere weitere Wettbewerbsfähigkeit in der Region.

Fachkräftesicherung

Hier geht es darum, die regionalen

Kräfte zu bündeln, um Unterfranken gemeinsam für Fachkräfte attraktiv zu machen und somit Wachstums- und Innovationsfähigkeit zu erreichen.

Unterfranken bietet beste Voraussetzungen, wenn unsere Kommunen auch die dazu notwendigen attraktiven Lebensräume schaffen. Ein verstärktes Regionalmarketing sollte die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte von außen unterstützen und auch für Neankömmlinge eine Willkommenskultur etablieren.

- Bewährtes System der dualen Berufsausbildung in Verbindung mit dem Meistervorbehalt erhalten
- Demografischer Wandel: Absicherung von Unternehmensnachfolgen und Existenzgründungen
- Potentiale älterer Arbeitnehmer nutzen durch altersgerechte Arbeitsmodelle und gezielte Gesundheitspolitik
- Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen, um das Fachkräftepotential hochqualifizierter Frauen zu nutzen
- Förderkulisse und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderung verbessern und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen
- Ausländische Bildungsabschlüsse schneller anerkennen und Flüchtlinge an die Arbeitswelt heranführen
- Sensibilisierung der Kommunen für das Thema Fachkräftesicherung als kommunale Aufgabe und Hilfe beim Aufbau von Strukturen.
- Regionalentwicklung: Unsere Städte und Kommunen bilden künftig für die älter werdende Bevölkerung zentrale Lebens- und Versorgungsräume.

Attraktive Gewerbeflächen und Wohngebiete sind Anziehungspunkte für die Neuansiedlung oder den Bestand von Unternehmen. Verkehrswege und Gewerbeflächen müssen den künftigen Anforderungen angepasst werden und auch der öffentliche Nahverkehr muss den regionalen Anforderungen Rechnung tragen. Eine bezahl-

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Industrie 4.0 in Unterfranken aktiv mitgestalten.
- Die verfügbaren Fachkräfte sind neben den Forschungseinrichtungen und der Infrastruktur die elementaren Bausteine für den Branchennmix und die Ansiedlung von Schlüsselbranchen um, einen Spitzenplatz im Wettstreit der Regionen zu behaupten.
- Die aktuellen Arbeitslosenstatistiken, in denen Unterfranken seit Jahren die geringsten Quoten verzeichnet, zeigt, dass die CSU die Weichen richtig gestellt hat.
- Attraktive Wohngebiete, gute ÖPNV-Anbindungen, ausreichende Kinderbetreuung und bezahlbare Energiepreise als Basis und Wohlfühlfaktor für neue Fach- und Führungskräfte.



Wälzlager aus Unterfranken

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Erbschaftssteuer zur Ländersache machen.
- Den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) vor allem in der Fläche ausbauen.
- Wir fordern, den 6-spurigen Ausbau der A3 und teilweise der A7 schnellstmöglich umzusetzen.
- Schnelles Internet mit min. 30 Mbit/s in der Fläche umsetzen mit Hilfe der aktuellen Förderprogramme.
- Bayern fördert mit 2 Mrd. € das 3-fache wie alle anderen Bundesländer zusammen.
- Kommunen sollen Fördermittel zur Breitbanderschließung voll ausschöpfen (Kofinanzierungsrichtlinie KofBbR).



bare Energieversorgung und ausreichend bezahlbarer Wohnraum sind weitere Grundpfeiler der Rahmenbedingungen für eine prosperierende Region.

Erbschaftssteuer

Auf massive Initiative der CSU wurde im Juni 2016 die Erbschaftsteuer im Bund neu geregelt. Wir sind im Wesentlichen damit zufrieden, fordern aber die Erhebung zur Ländersache zu machen, damit wir in Bayern zukunftsorientiert unsere Unternehmen und Handwerker vor allem im Kleingewerbe unterstützen können.

Infrastruktur

Die Internationalisierung ist eine tragende Säule unseres Standortes. Schon heute hat Mainfranken eine Exportquote von über 40 Prozent. Eine weitere Internationalisierung, indem immer mehr kleine und mittlere Unternehmen neue Märkte innerhalb und außerhalb der EU erschließen, stärkt die gesamte regionale Wirtschaft.

Unterfrankens Lage im Herzen Europas ist ein Alleinstellungsmerkmal an sich. Leistungsfähige, vernetzte und somit kurze Verkehrswege sind deshalb Voraussetzung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Dies hilft der Wirtschaft, aber insbesondere auch den Bürgern im Zeitalter immer steigender Mobilität. Gleichzeitig muss diese für alle Bürger bezahlbar bleiben, um den ländlichen Raum nicht zu schwächen. Unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge ist der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV), insbesondere in der Fläche.

Autobahn- und Straßennetz

Der aktuelle 6-spurige Ausbau der A3 nebst notwendigen Lärmschutzmaßnahmen ist dringend durchgehend bis Erlangen umzusetzen. Mit der A7, der A70 und der A71 ist Unterfranken verkehrstechnisch hervorragend im Fernstraßennetz eingebunden.

Schnelles Internet

Neben der klassischen Infrastruktur ist der Zugang zum schnellen Internet eine entscheidende Standortvoraussetzung. Zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum darf es keine zusätzlichen Wettbewerbsnachteile geben. Das bayerische Förderprogramm „Breitbandinitiative“ mit 1,5 Mrd. € wird intensiv von den Kommunen genutzt. Wir fordern die schnelle Umsetzung in Unterfranken auf der Basis der bayerischen Breitbandinitiative.

Die Kommunen in Unterfranken werden aufgerufen, gegebenenfalls mit weiteren Anträgen die bis 2018 zur Verfügung stehenden Fördermittel, auch als mögliche Kofinanzierung mit Bundesmitteln auszuschöpfen (Details siehe „Verkehr, Infrastruktur und Breitband“).

Bahn

Unterfranken ist aktuell mit seinen Bahnhöfen Würzburg und Aschaffenburg ins ICE-Netz der Deutschen Bahn eingebunden. Die Anbindung sowohl in Nord-Süd- als auch in Ost-Westrichtung im Stundentakt ist zwingend erforderlich. Hierauf muss die Politik ebenso achten wie auf den zeitnahen und zeitgemäßen Ausbau der Hauptbahnhöfe Würzburg und Schweinfurt. Verbesserte bzw. direkte Anschlussmöglichkeiten des „Oberzentrums Bad Kissingen - Bad Neustadt“ von Schweinfurt nach Fulda sind anzustreben.

Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft

Speziell in Unterfranken ist die Politik als Mediator aber auch als Impulsgeber gefordert, gilt es doch die Interessen und Ziele von zwei Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammer, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sowie weiterer Verbände sowie von drei Planungsregionen zu Gesamtforderungen zu bündeln.

Zur langfristigen Standortsicherung in Mainfranken muss die Zusammenarbeit von Wirtschaft

und Wissenschaft gefordert und gefördert werden. Dies betrifft die Universität genauso wie die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Aschaffenburg und Würzburg-Schweinfurt sowie unsere vielen Gründerzentren und außeruniversitären Forschungszentren.

Die Zusammenarbeit bei der Digitalisierungsoffensive sowie die Umsetzung von Industrie 4.0 im Zuge der Installation einer I-Factory, federführend durch die FHWS in Schweinfurt mit Außenstellen zum Beispiel in Bad Neustadt, ebenso wie die Zukunftsfabrik am SKZ in Würzburg, müssen erklärtes Ziel sein.

Den Technologiewandel gestalten, Zukunftstechnologien vordenken, Handlungsempfehlungen geben und die Netzwerke ständig aktiv halten: Dies hat sich der Zukunftsrat der bayerischen Wirtschaft auferlegt, in dem natürlich auch die Politik kompetent vertreten ist.

Für Unterfranken wichtig ist die Institutionalisierung und weitere finanzielle Unterstützung des Freistaates Bayern für das „Zentrum für Telemedizin“ (TTZ) in Bad Kissingen (Näheres unter Forschung und Wissenschaft).

Die Forschungsaktivitäten von Professor Ackva mit ca. 40 Wissenschaftlern zur „Elektromobilität“ der FHWS am Standort Bad Neustadt benötigen dringend die weiteren Förderzusagen des Freistaates Bayern. Hier zeigen Erfahrungen, dass gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft zukunftsweisende Fortschritte erzielt werden können (Näheres unter Forschung und Wissenschaft).

Stärkung der Gründerzentren in Unterfranken

Unsere Gründerzentren in Unterfranken sind eine hervorragende Einrichtung, sie vernetzen den Kontakt zur Wirtschaft und sind Sprungbrett für Start-Ups kleinerer Firmen. Sie sind Berater für Existenzgründer und bilden optimale Startbedingungen und vielfältige

Entwicklungsmöglichkeiten. Ihre Aufgaben sind Forschung und Technologie sowie Bildung und Transfer. Unterfranken ist mit seinen aktuellen Gründerzentren für Technologie „GRIBS“ in Schweinfurt, „TGZ“ in Würzburg, „ZENTEC“ in Großwallstadt, „IGZ“ in Würzburg und seinen allgemeinen Gründerzentren „Chancencenter Maintal“ in Schweinfurt, „Gründer-Servicenetz“ in Karlstadt und „RSG“ in Bad Kissingen sehr aktiv. Wie von der CSU Unterfranken gefordert, wurde im Juli 2016 seitens der Staatsregierung die Neugründung und Förderung eines Digitalen Gründerzentrums in Würzburg genehmigt, welches in Verbindung mit den vorhandenen Zentren in Schweinfurt und Bad Kissingen den mainfränkischen Raum abdeckt. Für den Bereich Untermain wurde seitens des Wirtschaftsministeriums ein zweites Digitalisierungszentrum für Unterfranken in Aussicht gestellt. Hier sollen für den Bereich „Industrie 4.0“ sowie für Start Ups neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung entstehen.

Eine Sonderstellung nimmt hier das Technologie-Transfer-Zentrum „TTZ-EMO“ ein, welches als Institut der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt in der Modellstadt für Elektromobilität Bad Neustadt betrieben wird.

Energie

Moderner Energiemix und Netzstabilität

- Wir fordern vom Bund neue steuerliche Fördermöglichkeiten für die energetische Sanierung von Wohngebäuden. Das „10.000-Häuser-Förderprogramm“ der Bayerischen Staatsregierung für innovative Gebäude und Heizsysteme soll intensiv genutzt werden.

- Unterfranken hat bei der Windkraft die bisher meisten Anstrengungen aller Regierungsbezirke unternommen und somit für große dezentrale Energieversorgung vorgesorgt. Ausdrücklich verweisen wir hier auf die neuen baurecht-



UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Hauptbahnhöfe in Würzburg und Schweinfurt modernisieren und barrierefrei ausbauen.
- Barrierefreiheit für die Bahnhöfe in den Kreisstädten ermöglichen.
- Vordenker für Zukunftstechnologien: Der „Wirtschaftsrat der bayerischen Wirtschaft“.
- Finanzielle Unterstützung des Zentrums für „Telemedizin“ in Bad Kissingen durch den Freistaat Bayern.
- Längerfristige Förderzusagen des Freistaates für die FHWS zur „Elektromobilität“ am Standort Bad Neustadt erwirken.
- Auslaufende Finanzierungsmodelle für Gründerzentren erneuern.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Moderner Energiemix und Netzstabilität für die Region schaffen.
- Gleichstromtrassen, wenn überhaupt, dann als Erdverkabelung.
- Keine zusätzlichen landwirtschaftlichen Ausgleichsflächen für die Stromtrassen.
- Eine mögliche Kombination der Stromtrassenverläufe mit Infrastrukturmaßnahmen wie Autobahn oder sonstiger Straßenbau ist zu prüfen.
- Bestmögliche Information aller Beteiligten wird gefordert, auch von den Netzbetreibern.



Burgruine und Burgeninfozentrum Altenstein

lichen Möglichkeiten bzw. Vorgaben. Mit der sogenannten „10-H-Regelung“ ist in Bayern eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen. Mit der Möglichkeit, diese Abstandsregeln geringer zu gestalten, wenn sich alle Beteiligten vor Ort einig sind, haben die Bürger und Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten.

- Bei der Diskussion um die großen Stromtrassen haben die Bürger in Unterfranken mit ihrem Engagement und ihren Sachargumenten ein Umdenken im Bund erreicht. Die ursprünglich geplante „Sued Link Stammstrecke“ wurde korrigiert. Auf Drängen der Bayerischen Staatsregierung konnte somit eine deutliche Entlastung des Netzverknüpfungspunktes Grafenrheinfeld erreicht und der Vorrang der Erdverkabelung durchgesetzt werden. Die von der Bundesnetzagentur geplanten Wechselstromtrassen P43 und P44 werden auf Drängen der CSU Unterfranken von der Bayerischen Staatsregierung abgelehnt.

- Wir fordern weiter die Vorrangstellung der Erdverkabelung durch gesetzliche Vorgaben und dadurch keine Notwendigkeit von landwirtschaftlichen Ausgleichsflächen. Für weiteren Leitungsausbau sowohl bei Gleichstrom- wie auch bei Wechselstromtrassen muss die bestmögliche Lösung wirtschaftlich und landschaftlich gefunden werden.

Bei der weiteren Trassendiskussion fordern wir alle Prozessbeteiligten auf, den Dialog mit den Bürgern zu führen in dem zeitnah und transparent informiert wird.

- Verlauf der Stromtrassen möglichst mit Infrastrukturmaßnahmen Straße kombinieren.
- Sicherstellung der Stromversorgung in der Industrie.

Tourismus

Hier wurden in den letzten Jahren viele Projekte unserer bisherigen Forderungen umgesetzt, welche die Einzigartigkeit unserer Landschaft eindrucksvoll untermauern und ergänzend zu den touristi-

schen Angeboten die Vielfalt und das Angebot der Region erweitern. Als Beispiel sei hier das Steigerwaldzentrum „Nachhaltigkeit erleben“ in Handthal mit dem Baumwipfelpfad der bayerischen Staatsforsten im direkt angrenzenden Ebrach erwähnt.

Weinbau

Unterfranken ist das Zentrum des fränkischen Weinbaus. Mit der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau haben wir eine erstklassige und anerkannte Forschungsanstalt in der Region.

Moderne Winzer mit erstklassigen Weinen, eine ausgezeichnete Gastronomie, vielfältige Kultur und Kunst machen Unterfranken immer interessanter für Touristen, egal ob per Auto, Fahrrad, Schiff oder in Verbindung mit Wandertouren in unseren Mittelgebirgen. Unsere wunderbare Natur rund um die Lebensader Main mit seinen Nebenflüssen und mit dem Biosphärenreservat Rhön, mit den Regionen Haßberge, Steigerwald, Spessart und Odenwald ist ein touristisches Alleinstellungsmerkmal im Herzen Deutschlands, das einer professionellen Vermarktung bedarf.

Mainradweg

Mit der touristischen Regionalförderung wurden in den letzten Jahren tolle Projekte in Unterfranken entwickelt. Der Mainradweg wurde mit dieser Förderung unterstützt und hat sich mittlerweile zum ersten deutschen Fernradweg mit 5 ADFC-Sternen entwickelt.

Unterfrankenradweg

Der Arbeitskreis Umwelt der CSU Unterfranken plant einen „Unterfrankenradweg“ als weitere Ergänzung der touristischen Aktivitäten.

Kreuzfahrttourismus

Der Flusskreuzfahrt-Tourismus entlang des Maines wird immer beliebter und somit zu einem weiteren wirtschaftlich interessanten Faktor vor allem in den Städten entlang des Maines. Hierzu ist die

notwendige Infrastruktur in erster Linie durch die Kommunen zu leisten.

Als Schlechtwetteralternativen für den Kreuzfahrttourismus gilt es, die bereits bestehenden touristischen Highlights mit dem reichhaltigen Angebot von Kunst, Kultur und Musik zu vernetzen.

Baumwipfelpfade in Rhön und Spessart

Die Möglichkeit der Umsetzung und Finanzierung eines Baumwipfelpfades durch die Bayerischen Staatsforsten in der Rhön oder/und Spessart prüfen.

Regionalmanagement

Stärkung und finanzielle Unterstützung der „Gründerzentren“ in unseren Ober- und Mittelzentren, wie z.B. im Bereich der Digitalisierungssoffensive der Bayerischen Staatsregierung.

Stärkung und finanzielle Unterstützung unserer überregionalen Planungsverbände und der Regionalentwicklungsgesellschaften. Aktuell gibt es hier zwei Gesellschaften in Unterfranken. Die „Region Mainfranken GmbH“ und die „Initiative Bayerischer Untermain“. Ziel muss hierbei sein, dass die Regionalentwicklungsgesellschaften gemeinsame Ziele mit der Politik formulieren und geschlossen auftreten.

Die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung müssen die mittlerweile üblichen Anschubfinanzierungen zu Gunsten einer kontinuierlichen, für die Kommunen essentiell besser planbaren Förderkulisse ablösen. Dies soll längerfristige Managementstrukturen etablieren und sichern.

Die Regionalentwicklungsgesellschaften müssen auch zum Ziel haben, Unterfranken im internationalen Standortwettbewerb um Unternehmen, Arbeitskräfte und Infrastrukturmaßnahmen bekannter zu machen. Dies geht nur durch gemeinsame Definition klarer Strategien, die von den Akteuren der

gesamten Region einheitlich vertreten werden können.

Heimatstrategie - Nordbayerninitiative

Neue Forschungsinstitute, zusätzliche Studiengänge und die Sanierung historischer Bauten in Unterfranken werden mit rund 140 Mio. Euro vom Freistaat Bayern gefördert. Das ist ein großer Erfolg für die Region und eine enorme Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes. Viele dieser Projekte sind bis 2018 in der Umsetzungsphase – darunter die Generalsanierung der Festung Marienberg in Würzburg mit der Etablierung des „Fränkischen Landesmuseums“.

Heimatstrategie - Behördenverlagerung

Bei der angestoßenen Behördenverlagerung werden die ländlichen Räume in Unterfranken gestärkt. 346 Beamte und Tarifbeschäftigte werden nach dem Abschluss der Behördenverlagerung zusätzlich in der Region Unterfranken arbeiten. Hier werden die Landkreise Rhön-Grabfeld, Kitzingen, Haßberge, Miltenberg und Main-Spessart gestärkt. Dies ist Ausdruck praktischer Strukturpolitik und in Verbindung mit der Nordbayerninitiative ein zentrales Instrument zur Stärkung der ländlichen Räume.

Verbraucherstandards erhalten

Das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) bietet gerade auch für die Wirtschaft in Unterfranken, insbesondere den Mittelstand, große Chancen. Die Wirtschaft kann durch den Abbau von Zöllen und bürokratischen Hürden profitieren.

Ein abschließendes Urteil über TTIP bilden wir uns auf der Grundlage des finalen Vertragstextes.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Wir fordern, den Tag der offenen Tür in der Landesanstalt Veitshöchheim unbedingt jährlich abzuhalten, um dem großen Interesse der Öffentlichkeit gerecht zu werden.
- Wein, Lage, Kunst und Kultur als Alleinstellungsmerkmal erkennen und vermarkten.
- Infrastruktur für Flusskreuzfahrt-Tourismus schaffen und ergänzende touristische Schlechtwetteralternativen entwickeln.
- Umsetzung „Baumwipfelpfad“ in Rhön und/oder Spessart prüfen.
- Gemeinsame Zieldefinition und Strategieentwicklung aller Prozessbeteiligten bei den Planungsverbänden.
- Anschlussprojekte zum Nordbayernplan und deren Finanzierung erarbeiten.
- Behördenverlagerung als zentrales Instrument bayerischer Strukturpolitik.



Würzburg bei Nacht

INNERE SICHERHEIT, SCHUTZ DER BÜRGER

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Wirksame Grenzkontrollen, solange die EU-Außengrenzen nicht gesichert sind.
- Verstärkung der Schleierfahndung.
- Engere Zusammenarbeit mit dem Bund und Stärkung der Nachrichtendienste.
- Stärkere internationale Zusammenarbeit der Dienste.
- Wirksame Bekämpfung extremistischer Entwicklungen.
- Prävention gegen Radikalisierung und Aufklärung.
- Stete Fortbildung der Sicherheitsbehörden.

Die Polizei und die Sicherheitsbehörden sind in Bayern erstklassig aufgestellt. Die aktuelle Kriminalstatistik für Unterfranken vom März 2016 zeigt, dass wir in Unterfranken bundesweit Spitzenwerte in Sachen Sicherheit aufweisen.

Anspruch weitsichtiger Politik ist es, sich fortlaufend auf die Entwicklungen im Sicherheitsbereich einzustellen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass es keine absolute Sicherheit weder vor Straftaten noch vor Terroranschlägen geben kann. Aber wer in der politischen Verantwortung steht wie die CSU, muss alles technisch Mögliche und rechtlich Zulässige tun, Angriffe gegen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung bereits im Vorfeld zu unterbinden.

Zur Abwehr terroristischer Gefahren und zur Grenzsicherung sollten auch Soldaten der Bundes-

wehr eingesetzt werden können. Hierzu müsste das Grundgesetz geändert werden. Augenmaß und Entschiedenheit sind dabei unsere Richtschnur. Wir fühlen uns der Sicherheit der Menschen in Bayern zutiefst verpflichtet.

Wirksame Grenzkontrollen

Solange ein effektiver Schutz der EU Außengrenzen nicht gewährleistet ist, erwarten wir von der Bundespolizei eine umfassende Kontrolle der Landesgrenzen und eine vollkommene Registrierung asylsuchender Personen.

Verstärkung der Schleierfahndung

Eine entscheidende Rolle bei der Grenzsicherung spielt die Schleierfahndung. Das hat nicht zuletzt die Entdeckung eines Fahrzeuges mit mehreren Gewehren und Sprengstoff durch bayerische Polizisten auf der A8 gezeigt. Wir fordern daher die Schleierfahndung in Grenznähe sowie auf den Auto-

bahnen und Bundesstraßen deutlich auszuweiten.

Zügige Verabschiedung der Novelle des Bayrischen Verfassungsschutzgesetzes

Bayern setzt auf einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Mit der vorgelegten Novelle des Verfassungsschutzgesetzes verbessern wir die Handlungsfähigkeit unseres Verfassungsschutzes und tragen aktuellen neuen Herausforderungen wie der Bedrohung durch den islamistischen Terror Rechnung.

Engere Zusammenarbeit im Bund und International

Wir treten mit Nachdruck für eine Verbesserung dieser Zusammenarbeit ein, vor allem für eine stärkere institutionelle Zusammenarbeit in der EU, z.B. durch eine Stärkung von Europol, Interpol und Frontex, aber auch der Kooperation mit den USA.

Wir stellen uns damit bewusst gegen die falsche Politik anderer Parteien, die diese Zusammenarbeit bzw. die Notwendigkeit von Nachrichtendiensten immer wieder reflexartig in Frage stellen. Eine Schwächung der Nachrichtendienste auf Bundes- und Landesebene ist mit der CSU nicht zu machen, denn nachrichtendienstliche Aufklärung ist für die Verhinderung von Terroranschlägen zwingend erforderlich.

Dem, mit moderner Kommunikationstechnik vernetzten internationalen Terrorismus, kann nur mit der Vernetzung aller Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden rechtsstaatlich begegnet werden.

Der Radikalisierung vorbeugen – präventive Maßnahmen verstärken

Mittel- und langfristig gilt es, auch präventiv gegen die Umtriebe von Islamisten vorzugehen und junge Menschen den Fängen radikaler Hassprediger zu entreißen. Die

Radikalisierung Jugendlicher muss bereits im Keim erstickt und der Ausstieg aus radikalislamischen Gruppierungen unterstützt werden.

Und hier sind nicht nur Sicherheitsbehörden gefordert. Dies ist eine gesamtstaatliche und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der nur in der Breite durch unterschiedliche Präventionsträger begegnet werden kann. Dies schließt Bereiche der Bildungsarbeit ebenso mit ein wie Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit und dem Strafvollzug.

Stete Fortbildung der Sicherheitsbehörden

Die aktuelle Asyl- und Flüchtlingssituation stellt die Behörden und die Polizei vor neue Herausforderungen. Die große Zahl an Menschen, die neu in unser Land kommen, erfordert umfangreiche Integrationsmaßnahmen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Polizei muss schnell und intensiv darauf vorbereitet werden, dass Polizeibeamtinnen und -beamte in zu erwartenden Krisensituationen, beim Aufeinandertref-

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Einsatz der Bundeswehr im Inneren.
- Die CSU fordert Trainingszentrum der Polizei für Unterfranken.
- Anpassung der Personal-Sollstärke der Polizei in Unterfranken an die Erfordernisse vor Ort (z.B. bei Fußballspielen in der 2. Bundesliga).
- Besserer Schutz vor Wohnungseinbrüchen.
- Ausstattung der Behörden in Technik, Hard- und Software stetig anpassen.
- Bekämpfung der Cyber-Kriminalität stärken.
- Ausbau der digitalen Spurensicherung und längere Speicherung von Verbindungs- und Verkehrsdaten.



„Die Opfer und die besorgten Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir ihre Ängste ernst nehmen und alles dafür tun, dass sich diese Ängste nicht realisieren! Mit einer zügigen Reform des Gesetzes zum Wohnungseinbruchdiebstahl würden wir ein eindeutiges Zeichen für den Opferschutz setzen!“

fen unterschiedlicher Kulturen, besonders gefordert sein werden.

Anpassung der Personalstärke an die Aufgaben der Polizei in Unterfranken

Zur erfolgreichen Erledigung ihrer Aufgaben muss die unterfränkische Polizei auf hohem Personalstand gehalten werden. Bei den besonders geforderten Einheiten ist eine Erhöhung der Personalstärke anzustreben. In Regionen mit vielen Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende stellen die zusätzlichen Aufgaben eine personelle Belastung dar, für die ein Ausgleich geschaffen werden muss.

Schulung in interkultureller Kompetenz

Neben einer Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten, Deeskalationstechniken und interkultureller Kompetenz geht es zur Förderung der Eigensicherung für unsere Polizei darum, die Einsatzkräfte nachhaltig in Abwehr- und Selbstverteidigungstechniken zu schulen, um sich notfalls auch gegen größere Personengruppen verteidigen und polizeiliche Maß-

nahmen durchsetzen zu können.

CSU fordert neues Trainingszentrum in Würzburg

Zu diesem Zweck soll ein Zentrum für das polizeiliche Einsatztraining (PE-Zentrum) innerhalb des Geländes der III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Würzburg geschaffen werden. Dadurch wird die Professionalisierung der Fort- und Weiterbildung unserer Polizistinnen und Polizisten gezielt unterstützt.

Änderung des Gesetzes zum Wohnungseinbruchdiebstahl

Zum einen muss die bislang vorgesehene Möglichkeit des minder schweren Falles mit einem erheblich milderen Strafraum gestrichen werden. Einbrüche in die eigenen vier Wände sind angesichts der gravierenden, vor allem auch psychischen Folgen für die Opfer nie minder schwere Fälle. Diese Wertungsunwucht müssen wir durch Änderung der Gesetzgebung beseitigen und der Bedeutung der Tat gerechte Strafen ermöglichen. Zum anderen müssen die Aufklärungsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden verbessert werden.



Neue Uniformen für die bayerischen Sicherheitsbehörden



Neubau Amtsgericht, Haßfurt (Nieto Sobejano Arquitectos Berlin, Madrid)

Besserer Schutz vor Wohnungseinbrechern

Die CSU fordert die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls. Ein Delikt, das nicht selten von reisenden Tätern aus dem osteuropäischen Raum begangen wird, die sich unmittelbar nach der Tat über die Autobahnen absetzen. Besonders Regionen mit guter Anbindung an das Fernstraßennetz sind davon betroffen. Aus diesem Grund fordert die CSU, dass die zivilen Fahndungseinheiten der Autobahnpolizei ebenso ausreichend mit Personal versorgt sein müssen wie die Kommissariate der Kriminalpolizei, die sich mit der grenzüberschreitenden Kriminalität zu befassen haben.

Ausstattung der Sicherheitsbehörden auf technischem Topniveau

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte müssen in der Lage sein, den Tätern, die technische Neuerungen für ihre Zwecke nutzen, auf Augenhöhe zu begegnen. Die digitale Spurensicherung muss weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch eine längere Speicherung von Verbindungs- und Verkehrsdaten. Es darf keinen Innovationsvor-

sprung für das Verbrechen geben. Zudem müssen die Liegenschaften von Polizei und Justiz stetig modernisiert werden.

Aktive Nutzung moderner Kommunikationsmittel

Die unterfränkische CSU fordert zukünftig die aktive Nutzung von sozialen Online-Netzwerken. Die erfolgreiche Warnung vor geplanten Terroranschlägen zum Jahreswechsel in München hat gezeigt, dass die Nutzung moderner Kommunikationsmittel das positive Image einer kommunikativen Bürgerpolizei nachhaltig fördern kann. Diese Aufgabe ist nicht „nebenbei“ zu erledigen. Deshalb fordert die CSU gut geschultes, nicht zu knapp bemessenes Personal als Schlüssel zum Erfolg.



Neubau der Feuerweherschule Würzburg



Hörsaal- und Seminargebäude der Universität Würzburg

FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Umsetzung der Nordbayerninitiative der Staatsregierung mit 177 Mio € für die Hochschulstädte Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt.
- Aufbauphase II am Fraunhofer IWKS in Alzenau umsetzen zur Installation eines dauerhaften Instituts.
- Weitere staatliche Förderung des Zentrums für Telemedizin in Bad Kissingen.
- Aufbau eines Fraunhofer-Translationszentrums für Muskuloskeletale Erkrankungen in Würzburg.

Unterfranken zeichnet sich durch eine moderne und leistungsfähige Wissenschaftsinfrastruktur aus. Diese ist geprägt von einem Netzwerk aus renommierten Hochschulen, zahlreichen Spin-Offs, Forschungszentren und Forschungsverbänden sowie Unternehmen mit eigener Grundlagenforschung. Schlüsselfaktor hierbei ist die Spitzenforschung auf den Gebieten der Life Sciences, der Bio- und Medizintechnologie, der Energieeffizienz und der Querschnittstechnologie Neue Materialien/Werkstoffe. Dieses Kompetenzprofil gilt es ebenso wie die hervorragende Hochschullandschaft weiterhin zu stärken, um so die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der Region sicherzustellen.

Zur Stärkung von Wissenschaft und Wirtschaft sollen im Rahmen der Nordbayern-Initiative bis 2018 etwa 177 Millionen Euro nach Unterfranken fließen. Dies impliziert

eine enorme Stärkung der Region und wichtige Impulse für Wissenschaft und Wirtschaft. Durch die Initiative werden in Aschaffenburg, Schweinfurt und in Würzburg vor allem in den Bereichen der Forschung, Bildung und Hochschulen Projekte von herausragender und überregionaler Bedeutung angeschoben.

Am ersten Standort der neuen Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS in Alzenau leistet seit September 2011 ein interdisziplinäres Expertenteam einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Technologien und Prozessen für das Recycling und die Wiedergewinnung von wirtschaftlich signifikanten Werkstoffen sowie zur Entwicklung von Ersatzstoffen und -technologien. Nachdem dort, in der durch den Freistaat und den Bund geförderten Aufbauphase I wissenschaftliche Strukturen geschaffen und Investitionen in

Geräte sowie in den Aufbau als Grundlage für ein später mögliches Institut erfolgten, werden für die Entwicklung und für den Ausbau von Forschungs- und Industrieprojekten weitere Mittel benötigt. Diese sollen in der Aufbauphase II in Höhe von 12,5 Mio. Euro bereit gestellt werden.

Das Zentrum für Telemedizin in Bad Kissingen verbindet seit Beginn seines Aufbaus im Jahr 2012 erfolgreich Kompetenzen im Bereich Life Sciences und Telematik durch Forschungsarbeiten im Bereich Telemedizin. Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn wird der Ausbau und die Stärkung telemedizinischer Dienstleistungen und Netzwerke – auch in Hinblick auf die bereits bestehende interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Industrie und den Kliniken vor Ort – angestrebt. In den Betriebsjahren 2013 und 2014 wurde das Zentrum seitens des Freistaats mit 500.000 Euro bzw. mit 347.000 Euro unterstützt, in 2015 mit 355.700 Euro. Mit 10 Millionen Euro für die Projektförderung finanziert der Freistaat Bayern die Gründung

eines Fraunhofer-Translationszentrums „Regenerative Therapien für Krebs- und Muskuloseklettale Erkrankungen“ in Würzburg unter Leitung der Spitzenforscherin Frau Prof. Heike Walles. Das Translationszentrum wird als Institutsteil des Fraunhofer-Instituts für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik IGB am Standort Würzburg eingerichtet. Ziel ist es, Ergebnisse aus Materialforschung und regenerativer Medizin schneller in die klinische Entwicklung und die medizinische Versorgung bringen.

Durch die skizzierten Entwicklungen und Projekte hat die Region Unterfranken als Forschungs- und Wissenschaftsstandort in den letzten Jahren eine kontinuierliche Stärkung erfahren. Dennoch besteht hinsichtlich der weiteren Förderung der außeruniversitären Forschung und der Gründung von Forschungsverbänden und Kooperationsnetzwerken ebenso wie hinsichtlich der Weiterentwicklung der Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften nach wie vor Handlungsbedarf. Auch muss dem drohenden Fachkräftemangel in

„Unterfranken zeichnet sich durch eine moderne und leistungsfähige Wissenschaftsinfrastruktur aus. Diese ist geprägt von einem Netzwerk aus renommierten Hochschulen, zahlreichen Spin-Offs, Forschungszentren und Forschungsverbänden sowie Unternehmen mit eigener Grundlagenforschung.“



Hochschule für angewandte Wissenschaften, Schweinfurt

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Weitere Stärkung der unterfränkischen Forschungs- und Wissenschaftsstandorte.
- Stärkung der außeruniversitären Forschung in Unterfranken.
- Gründung von Forschungsverbänden und Kooperationsnetzwerken wie z.B. „Forschungsallianz Immunmedizin“ gemeinsam mit der Uni Erlangen-Nürnberg und Regensburg.
- Industrie und Wirtschaft stärken durch stetige Zuführung von Fachkräften.
- Max-Planck-Institut zur „Systemimmunologie“ mittelfristig in Würzburg ansiedeln.

Industrie und Wirtschaft entgegengewirkt werden.

Stärkung der außeruniversitären Forschung

Die Entwicklung der Forschungslandschaft Unterfranken verläuft äußerst vielversprechend. In der Vergangenheit haben bereits wichtige Projekte zu deren Ausbau wertvolle Impulse und finanzielle Unterstützung erfahren. Es bedarf jedoch weiterhin der kontinuierlichen Förderung, um das vorhandene Potential nachhaltig auszubauen.

Die von der Universität Würzburg gemeinsam mit den Universitäten Regensburg und Erlangen-Nürnberg gegründete „Forschungsallianz Immunmedizin“ gilt es auch weiterhin zu fördern. Ziel der Allianz ist es, Immuntherapien zu entwickeln und durch gemeinsames Einwerben von Fördermitteln und Durchführen klinischer Studien den Prozess bis zur Anwendung der Therapien beim Menschen zu beschleunigen. Hierbei sollen die an den einzelnen Standorten aufgebauten immunologischen Potentiale langfristig in außeruni-

versitäre Einrichtungen überführt werden.

Auf Grundlage eines im Juni 2013 abgeschlossenen Kooperationsvertrages der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität Würzburg wurde für die Dauer von fünf Jahren eine Max-Planck-Forschergruppe „Systemimmunologie“ an der Universität Würzburg angesiedelt. Die Kooperation ist der erste Schritt, ein Max-Planck-Institut zu etablieren und den Wissenschaftsstandort mit einer außeruniversitären Einrichtung nachhaltig zu stärken. Hierdurch kommt die „Forschungsallianz Immunmedizin“ dem Ziel, außeruniversitäre Forschung in der Immunologie an den nordbayerischen Standorten anzusiedeln, einen großen Schritt näher.

Im Rahmen der Nordbayerninitiative ist eine Förderung der Forschungsallianz in Höhe von 21,18 Millionen Euro bis 2018 durch den Freistaat vorgesehen. Die CSU Unterfranken hatte sich bereits 2012 für eine intensive Begleitung dieses Ziels durch die Staatsregierung ausgesprochen, so dass am Wissenschaftsstandort Würzburg eine außeruniversitäre For-



Hochschule für angewandte Wissenschaften, Aschaffenburg

schungseinrichtung im Bereich der Life Sciences etabliert werden kann. Auch weiterhin ist das Projekt zu unterstützen.

Die Errichtung einer Zukunftsfabrik 2020 am Süddeutschen Kunststoffzentrum (SKZ) in Würzburg findet mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 11,52 Millionen Euro ebenfalls Berücksichtigung in dem Programm der Nordbayerninitiative. Für die Förderung einer solchen Zukunftsfabrik hatte sich die CSU Unterfranken eingesetzt.

Die Zukunftsfabrik will moderne zukunftsfähige Fertigungskonzepte für innovative Kunststoffbauteile liefern, wobei die Produktionsanlagen eine maßgeschneiderte Fertigung mit höchster Präzision und Reproduzierbarkeit ermöglichen und zugleich Demonstrationsanlagen für Energieeffizienz sind. Sowohl klein- als auch mittelständische Unternehmen der für Bayern und Deutschland so bedeutenden Kunststoffindustrie und auch Studenten in der Ausbildung sollen vom Modellcharakter des Gebäudes und der Produktionstechniken profitieren. Angesichts des so möglichen Wissenstransfers in die Wirtschaft spricht sich die CSU Unterfranken nach wie vor für eine Förderung und unterstützende Begleitung des Projekts aus.

Ferner gilt es die am Universitätsstandort Würzburg vorgesehene Ansiedlung einer Helmholtz-Einrichtung mit dem Schwerpunkt RNA-basierte Infektionsforschung zu unterstützen. In Ergänzung mit der Forschungsleistung des Helmholtz-Zentrums in Braunschweig können durch ein Helmholtz-Institut in Würzburg wertvolle Impulse zur Erforschung von neuen Therapieansätzen bei Infektionskrankheiten entwickelt werden. Von der Ansiedlung eines solchen Instituts profitiert nicht nur die Region als Wissenschaftsstandort, sondern auch die fachspezifische Forschung, der wissenschaftliche

Nachwuchs und dessen Förderung.

Förderung nordbayerischer Allianzen

Es zeigt sich, dass es nach wie vor weiterer nordbayerischer Allianzen bedarf, die das Know-how der Hochschulforschung bündeln und so den Wissenstransfer mit der heimischen Wirtschaft befördern. Die Bildung nordbayerischer Allianzen kann einen wertvollen Beitrag dazu leisten, den Stellenwert Ober-, Mittel- und Unterfrankens als High-Tech-Region zu sichern. Als Grundlage für den Aufbau neuer und die Erweiterung bestehender Allianzen sollten die Kernkompetenzen in den Bereichen Life Sciences, Energie, Mobilität, Telematik, Nanotechnologie und Rohstoffmanagement dienen.

Weiterentwicklung der Universität und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Die Zahl der Studienanfänger in Bayern ist in den letzten Jahren konstant hoch geblieben. Nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) wird sie erst im Jahr 2020 unter 70.000 liegen. Entsprechend bedarf es weiterer Anstrengungen, um Studierenden angemessene Studienbedingungen zu gewährleisten und die Universität und die Hochschulen bei der Bewältigung der mit der hohen Studierendenzahl einhergehenden Herausforderungen unterstützen zu können.

Ein wichtiger Beitrag stellt hierbei der I-Campus in Schweinfurt dar. Der international ausgerichtete FH-Campus auf dem Gelände der ehemaligen US-Ledward-Kaserne soll Studierenden der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt die Möglichkeit bieten, sich durch die sukzessive auszubauende Anzahl an englischsprachigen Studiengän-

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Etablierung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung im Bereich Life Sciences in Würzburg.
- Förderung und unterstützende Begleitung für die Errichtung einer Zukunftsfabrik 2020 am Süddeutschen Kunststoffzentrum in Würzburg.
- Ansiedlung einer Helmholtz-Einrichtung in Würzburg für RNA-basierte Infektionsforschung unterstützen.
- Hochschulforschung in „Nordbayerischen Allianzen“ bündeln zur Stärkung der „High-Tech-Region Franken“ gesamt mit den Schwerpunkten
 - Life Sciences
 - Energie
 - Mobilität
 - Telematik
 - Nanotechnologie
 - Rohstoffmanagement.



Rhöniversium, Oberelsbach

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Studienbedingungen an den Hochschulen den stetig wachsenden Herausforderungen anpassen.
- Aufbau und Förderung des I-Campus in Schweinfurt mit internationaler Ausrichtung und englischsprachigem Unterricht
 - Bindung ausländischer Hochschüler
 - Fachkräfte für internationales Umfeld
 - Stärkung der mainfränkischen Wettbewerbsfähigkeit.
- Weiterer Ausbau dualer Studienangebote sowie die Möglichkeit von Teilzeit- und berufs begleitenden Studiengängen.

gen bewusst auf eine Berufstätigkeit im internationalen Umfeld vorzubereiten und sprachliche Kompetenzen zu festigen. Zudem fördern die internationalen Studiengänge des I-Campus die Akquise und Bindung ausländischer Hochschüler und Fachkräfte. Durch den I-Campus wird der Wissenschaftsstandort Schweinfurt ausgebaut und eine stärkere Vernetzung der regionalen Unternehmen mit internationalen Studenten gefördert. Auch erfährt die mainfränkische Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten sowie durch den Zuwachs von Arbeitsplätzen eine Stärkung. Hinzu kommt der Beitrag zur Vorbeugung und Reduzierung des Fachkräftemangels in der Region, der durch die Errichtung eines solchen Campus mitsamt entsprechender Studienangebote geleistet wird. Die CSU Unterfranken befürwortet daher die Einrichtung des I-Campus in Schweinfurt.

Zudem bedarf es weiterhin des Ausbaus dualer Studienangebote sowie der Teilzeit- und berufs begleitenden Studiengänge. Ent-

sprechende Angebote ermöglichen es, qualifiziert Fachkräfte zu gewinnen und steigern die Attraktivität der Universitäten und Hochschulen. Gerade duale Studiengänge bieten als Schnittstelle von Theorie und Praxis eine wertvolle Möglichkeit, junge Menschen praxisorientiert auszubilden. Durch Teilzeit- und berufs begleitende Studiengänge wird auch Personen, denen aus verschiedensten Gründen kein Vollzeitstudium möglich ist, die Perspektive geboten, einen akademischen Abschluss zu erwerben. In Verbindung mit digitalen Studien- und Blended-Learning-Angeboten, ergibt sich hier eine erfolgsversprechende Perspektive.

Ein entsprechendes, vielversprechendes Projekt zur Stärkung der Regionen sowie zum Ausbau bedarfsorientierter Studienangebote an außerhochschulischen Lernorten mit digitalen Lehr- und Lernformen ist die Kooperation der Hochschulen Ansbach, Aschaffenburg und Weihenstephan-Triesdorf. Unter dem Titel „Regio BWL – an den Bedarfen der Region orientierte Betriebswirtschaftslehre“ plant die Hochschule Ansbach den Studiengang Interkulturelles Management am Standort Rothenburg ob der Tauber, während die Hochschule Aschaffenburg einen Studiengang Betriebswirtschaftslehre für kleinere und mittlere Unternehmen am Standort Miltenberg vorsieht. Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Abteilung Triesdorf, wird Module für diese Studienangebote beisteuern. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, die digitalen Module an jeder der drei beteiligten Hochschulen in das bestehende Studienangebot zu integrieren.

Die Hochschulen haben das Projekt „Region BWL“ im Rahmen des vom Freistaat ausgeschriebenen Wettbewerbs „Partnerschaft, Hochschule und Region“ einge-



Laborgebäude, Aschaffenburg

reicht. Das gemeinsame Vorhaben ebenso wie die Teilnahe an besagten Wettbewerb gilt es nach Kräften zu unterstützen.

Fachkräftemangel entgegenwirken

Allgemein bedarf es besonderer Anstrengungen um dem Fachkräftemangel von Industrie und Mittelstand entgegenzuwirken. Der Ausbau der Universitäten und Hochschulen und die Erweiterung und Spezialisierung des Studienangebotes stellen hierbei einen bedeutenden Baustein dar. Ergänzt durch die bereits im vorigen Abschnitt thematisierte Weiterentwicklung dualer ebenso wie Teilzeit- und berufsbegleitender Studienangebote ergibt sich hieraus ein weitläufiges Handlungsfeld. Der Transfer des vorhandenen Wissens- und Forschungspotentials in die heimische Wirtschaft muss sichergestellt werden.

Darüber hinaus müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Region für Fachkräfte attraktiv zu machen.

Erweiterung und Einführung von Semestertickets

Die Debatte um das Semesterticket wurde aktiv in Richtung dessen Erweiterung geführt. So sollte eine schrittweise Ausweitung auf den Kreis Main-Spessart sowie auf den Landkreis Schweinfurt erfolgen. Seit August 2013 ist das Semesterticket der Universität Würzburg sowie der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, Standort Würzburg, auch im Landkreis Main-Spessart gültig. Hierdurch wird die Mobilität der Studierenden gefördert und der Situation auf dem Wohnungsmarkt Rechnung getragen.

Studierende der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, Abteilung Schweinfurt, und der Hochschule für angewandte Wissenschaften Aschaffenburg haben bisher nicht die Möglichkeit, ein Semesterticket zu erwerben. In Hinblick auf die zunehmende Vernetzung der Hochschulstandorte sowie auf die Mobilität der Studierenden ist auch an diesen Standorten ein Semesterticket für Studierende erstrebenswert. Auch vor dem Hintergrund der Berücksichtigung der ländlichen Räume und des Wohnungsmarkts an den Hochschulstandorten befürwortet die CSU Unterfranken die Einführung entsprechender Semestertickets.

Elektromobilität in Bad Neustadt

Weitere staatliche Fördermittel für die Forschungen zur Elektromobilität der FHWS, unter der Leitung von Prof. Dr. Ackva in der Modellstadt Bad Neustadt, wurden vom Freistaat Bayern bereits in Aussicht gestellt. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft können somit Forschung und Umsetzung der Projekte vorangetrieben werden. Kompetenzen werden in der Region gebündelt, da auch der ZF-Konzern sein neues europäisches Zentrum für Elektromobilität am Standort Schweinfurt aufbaut.



UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Unterstützung des Projektes „Partnerschaft-Hochschule“ als Kooperation der Hochschulen Ansbach, Aschaffenburg und Weihenstephan-Triesdorf.
- Interkulturelles Management
- BWL für kleinere und mittlere Betriebe.
- Erweiterung und Einführung von Semestertickets für Studenten und Berufsschüler auf ganz Unterfranken und die angrenzenden Regionen am Untermain.
- Mobilität fördern
- Wohnungsmarkt entspannen.
- Dringend weitere Förderung der Forschung zur „Elektromobilität“ an der FHWS, Standort Bad Neustadt.



SCHULE, BILDUNG UND SPORT

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Erhalt wohnortnaher Schulen in allen Regionen.
- Erhalt unserer acht unterfränkischen Schullandheime.
- UN-Behindertenrechtskonvention an den Schulen in Unterfranken umsetzen.
- Bewusstsein für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter stärken.
- Einbindung der heimischen Wirtschaft zur Förderung der MINT-Fächer.
- Die Vermittlung von Medienkompetenz als fächerübergreifendes Bildungsziel in den Lehrplänen aller bayerischen Schularten.

Bayern ist laut vieler unabhängiger Studien das Bildungsland Nummer 1 in Deutschland. Die Qualität unserer Schulabsolventen ist deutschlandweit Spitze. Dieser Bildungsvorsprung verschafft unseren jungen Menschen auch hervorragende Chancen im Wettbewerb um Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Erhalt unseres gegliederten Schulwesens

Die tragende Säule dieses Erfolges ist unser dreigliedriges Schulsystem, in dem jeder Schüler nach seinen Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten gefördert und gefordert wird, natürlich auch bei uns in Unterfranken. Deshalb hat Bayern auch die bundesweit niedrigste Quote von Schülern, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Die CSU Unterfranken spricht sich deshalb für den Erhalt unseres gegliederten Schulwesens aus. Dieses muss aber auch in Zukunft durchlässig sein, um den unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten der Schüler Rechnung zu tragen und so sicherzustellen, dass keine

und keiner „verloren geht“. Dazu gehört, dass die UN-Behindertenrechtskonvention an den Schulen in Unterfranken umgesetzt wird. Diesem Ziel dienen in besonderer Weise Inklusion und Integration. Deshalb sind die Schulen bei der Umsetzung dieses Zieles nachhaltig zu unterstützen.

Zusammenarbeit der Schulen anregen und stärken

Im Interesse aller an der Bildung Interessierten und Beteiligten (Schulen, Kommunen, freie Bildungsträger, Vereine usw.) sollten die Schulen eines Schulzentrums ermuntert werden, aufeinander zuzugehen und sich miteinander zu vernetzen, um sich so über die Zwischenschritte Bildungszentrum und Bildungsnetzwerk zu einem Bildungscampus zu entwickeln. In einem solchen Zentrum kooperieren die Beteiligten miteinander, orientieren sich ggf. an den gemeinsamen Leitgedanken und Leitbildern, entwickeln eine gemeinsame Campus-Identität und vermarkten sich gemeinsam als Campus nach außen.

Wohnortnahe Schulen in allen Teilen Unterfrankens unter dem Gesichtspunkt der Qualitätswahrung

Damit alle Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft optimale Bildungschancen haben, tritt die CSU Unterfranken für den Erhalt wohnortnaher Schulen in allen Regionen unserer Heimat ein. Dazu gehört auch ihre bedarfsgerechte materielle Ausstattung, gerade auch im Bereich der modernen Medien. Um das auch in den Regionen mit abnehmenden Schülerzahlen zu schaffen, setzen wir auf einen engen Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrern, Kommunen und dem Freistaat Bayern.

Darüber hinaus treten wir für den Erhalt unserer acht unterfränkischen Schullandheime ein, denn sie sind eine wichtige Ergänzung und Bereicherung des Schulalltags.

Ausbau bedarfsgerechter und flächendeckender Ganztagsangebote

Damit die Eltern in allen Regionen Unterfrankens Familie und Beruf optimal vereinbaren können, müssen die bestehenden Ganztagsan-

gebote bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2018 soll auch allen Schülerinnen und Schülern bis 14 Jahren in Unterfranken ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung stehen. Dabei dürfen weder Eltern noch Schüler bevormundet werden, sondern sollen auch in Zukunft Wahlfreiheit genießen.

Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil aller Schulen

Sport ist für uns ein wichtiger und daher unverzichtbarer Bestandteil aller Schulen. Er muss daher auch in Zukunft ein wesentliches Element ihres pädagogischen Konzepts sein. Damit unsere Schülerinnen und Schüler Schule und Sport optimal verbinden können, muss die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Sport ist ein Pflichtfach aller Schularten und ist nicht nur aus pädagogischen Gründen unverzichtbar. Im großen Unterschied zum freiwilligen Angebot der Sportvereine erreicht der Schulsport alle Kinder, auch die zunächst desinteressierten und bewegungsgehemmten.

„Angesichts des bereits heute auch in Unterfranken herrschenden Mangels an Auszubildenden in vielen Branchen müssen wir es schaffen, dass wieder mehr Jugendliche eine Ausbildung machen. Denn nur so können wir auch wieder mehr Fachkräfte gewinnen.“



Sonntags am Fußballplatz

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Realistische Rahmenbedingungen für die Beschulung von Flüchtlingskindern.
- Wertevermittlung fächerübergreifend, nicht nur für die Flüchtlingskinder, sondern für alle Schüler einführen.
- Zusammenarbeit der Schulen anregen und stärken

Gerade auch diese Kinder zum Sport zu bringen, sie zu lebensbegleitenden und gesundheitsorientiertem sportlichen Handeln anzuleiten ist die große Chance des Schulsportes.

Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung

Angesichts des bereits heute auch in Unterfranken herrschenden Mangels an Auszubildenden in vielen Branchen müssen wir es schaffen, dass wieder mehr Jugendliche eine Ausbildung machen. Denn nur so können wir auch wieder mehr Fachkräfte gewinnen. Die CSU Unterfranken hat sich deshalb das Ziel gesetzt, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter zu stärken. Dazu gehört auch unsere Forderung, dass künftig in allen Schularten frühzeitig darauf hingewiesen werden soll, dass man auch mit einer beruflichen Bildung Karriere machen kann.

Um jungen Menschen gute berufliche Chancen zu bieten, müssen sie an allen Schularten noch stär-

ker für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) begeistert werden. Um das zu erreichen, sollte die heimische Wirtschaft noch stärker und vor allem frühzeitig eingebunden werden.

Sicherstellung einer ausreichenden Lehrerversorgung

Das A und O für eine gute Bildung unserer Kinder und Jugendlichen sind gut ausgebildete Pädagogen. Die CSU Unterfranken setzt sich deshalb dafür ein, dass an allen Schularten ausreichend viele Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen, die für die jeweilige Schulart qualifiziert sind.

Vermittlung von Medienkompetenz als fächerübergreifendes Bildungsziel

Die Bedeutung der modernen Medien wird in Zukunft weiter zunehmen und unser Leben in allen Bereichen maßgeblich prägen. Unsere Schüler in Unterfranken müssen deshalb auch lernen, wie sie sich in den digitalen Medien „bewegen“ sollten. Und sie müssen gleichzeitig Kompetenzen erwerben, um die dort verfügbaren





Informationen richtig einschätzen zu können.

Deshalb begrüßen wir, dass die Vermittlung von Medienkompetenz als fächerübergreifendes Bildungsziel in den Lehrplänen aller bayerischen Schularten verankert worden ist. Ziel muss es sein, den Schülerinnen und Schülern Hilfestellung zu geben mit Medien selbstbestimmt, aktiv, verantwortungsbewusst und kritisch umzugehen.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, die Chancen, die die Digitalisierung mit sich bringt, auch im Unterricht zu nutzen. Um all das leisten zu können, müssen die Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer ausgebaut werden.

Rahmenbedingungen für die Beschulung von Flüchtlingskindern schaffen

Die Zuwanderung schulpflichtiger Flüchtlinge stellt auch für uns in Unterfranken die größte bildungspolitische Herausforderung seit langem dar. Deshalb müssen in allen Regionen geeignete Rahmenbedingungen für deren er-

folgreiche Beschulung geschaffen werden.

Werte Vermittlung in der Schule unerlässlich

Dabei ist nicht nur darauf zu achten, dass die Flüchtlingskinder rasch die deutsche Sprache erlernen, sondern dass sie auch unsere Werte vermittelt bekommen. Vor dem Hintergrund einer zunehmend orientierungslosen Gesellschaft ist die Werte Vermittlung nicht nur für Flüchtlingskinder, sondern auch für alle Schülerinnen und Schüler als Unterrichtsprinzip fächerübergreifend wichtig und muss umgesetzt werden. Allen Schülerinnen und Schülern muss vermittelt werden, dass Extremismus in jeder Form in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat.

„Allen Schülerinnen und Schülern muss vermittelt werden, dass Extremismus in jeder Form in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat. Bei der Wertevermittlung an junge Menschen reicht das ‚Bücherwissen‘ und auswendiglernen nicht aus. Wir fordern hierzu praktische Beispiele und Projekte an den Schulen.“



Aufnahmeeinrichtung Schweinfurt

MIGRATION UND INTEGRATION

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- **Integrationspakt Bayern:** Bayern ist bisher das einzige Bundesland, das einen Integrationspakt mit den Kammern und Verbänden geschlossen hat, um Integration auch praktisch umzusetzen.
- **Speziell in Unterfranken muss dringend Wohnraum geschaffen werden.** Aufgrund eines Anteils, von ca. 95 Prozent syrischer und afghanischer Flüchtlinge in Unterfranken, ist eine hohe Anerkennungsquote mit nachfolgendem Familiennachzug zu erwarten. Gerade die Schaffung von privatem Wohnraum muss gefördert und organisiert werden. Die Akzeptanz hierfür in der Bevölkerung ist Grundlage für Integration und eine Mammutaufgabe unserer Gesellschaft.

Die große Zahl von Menschen, die vor Terror, Krieg und Armut flohen und in sehr kurzer Zeit in unser Land kamen und weiterhin kommen, stellt Bayern und auch unsere Heimat Unterfranken vor enorme Herausforderungen logistischer, gesellschaftlicher, kultureller und auch finanzieller Art, die bewältigt werden müssen, um das Zusammenleben der Menschen vor tiefen gesellschaftlichen Gräben und sozialen Konflikten zu bewahren.

Die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Unterfranken befindet sich in Schweinfurt, mit Dependancen in Würzburg und Aschaffenburg. Die Regierung von Unterfranken betreibt die Erstaufnahmeeinrichtung mit einer aktuellen Kapazität von 3.100 Personen. In den aktuell 41 Gemeinschaftsunterkünften der Regierung von Unterfranken wohnten am 01.05.2016 insgesamt 3.401 Personen. Dazu kommen 10.168 Asylbewerber in 671 dezentralen Einrichtungen (meist Gasthäuser und Pensionen) in der Unterbrin-

gungszuständigkeit der Landratsämter. Die Gesamtzahl an untergebrachten Asylbewerbern beläuft sich auf 13.569 Personen, davon sind 4.340 Kinder und Jugendliche. Hinzu kommen 862 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe.

Für Unterfranken ergab sich folgende Länderverteilung (Basis, Erstaufnahme): 68,9 % Syrien, 26,7 % Afghanistan, 0,68 % Ukraine, 0,68 % Georgien, 3,04 % Sonstige oder Staatenlose (Stand aller Zahlen: Stand 31.05.16; Quelle: Regierung von Unterfranken)

Um Grundlagen des Zusammenlebens zu schaffen, aber auch um in unserer Bevölkerung das Vertrauen zu erhalten, dass sie ihre Verwurzelung und ihre Heimat nicht verlieren und nicht überrannt werden, hat die CSU viele ihrer Forderungen bereits im Asylpaket I und II der Bundesregierung umgesetzt. Außerdem verweisen wir auf das neue Bayerische Integrationsgesetz, das unsere unterfränkischen Landespolitiker aktiv mitgestaltet haben.

Als Gesellschaft nehmen wir Verantwortung wahr für die Flüchtlinge, ebenso wie für die Vertriebenen und Kriegsopfer und wollen dieser Verantwortung gerecht werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine gemeinsame Rechts- und Wertebasis unverzichtbar ist für dauerhaften gesellschaftlichen Frieden und die allgemeine Sicherheit.

Integration kann nur gelingen, wenn unsere Gesellschaft in der Lage ist, die Menschen, die bei uns Schutz suchen, insbesondere diejenigen, die nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren können und bei uns ihre neue Heimat suchen, aufzunehmen, zu begleiten und zu integrieren. Das ist ein sehr persönliches Bemühen, das bei einer unbegrenzten Zahl von Ankommenden nicht geleistet werden kann.

Um ernsthaft, intensiv und zielgerichtet die Integration von Zuwanderern in unser Gemeinwesen auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) erwirken zu können, braucht es ein großes gemeinsames, d.h. vernetztes Engagement von Staat, Kommunen, Wirtschaft, Bildungsträgern, kirchlichen Initiativen, Sozialeinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen, sowohl professioneller wie auch ehrenamtlicher Art.

Einer sehr großen Anstrengung bedarf es im Bereich der Schaffung von Wohnraum.

Aufgrund der Zuweisung der afghanischen und syrischen Flüchtlinge in die Erstaufnahme nach Unterfranken macht diese Gruppe über 95 Prozent der Asylsuchenden dort aus. Dies bedeutet für Unterfranken eine Sondersituation gegenüber anderen Regierungsbezirken, weil bei diesen Flüchtlingen eine überdurchschnittlich hohe Anerkennungsquote zu erwarten ist. Diese Menschen dürfen dann ihr Recht auf Familiennach-

zug (Faktor 3 bis 5) wahrnehmen.

Fördern und fordern

Integration beschreibt einen dynamischen, lange andauernden und sehr differenzierten Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens. Durch die Bereitschaft der Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft müssen rechtliche, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Diese sollen durch ein eigenes Bayerisches Integrationsgesetz mit dem Leitgedanken „Fördern und Fordern“ festgeschrieben werden, welches die CSU in den Landtag eingebracht hat.

Als CSU ist uns wichtig, dass die Menschen, die zu uns kommen, die deutsche Sprache als Umgangssprache erlernen und mit unserem Wertesystem vertraut gemacht werden und sich daran im Zusammenleben in unserer Gesellschaft orientieren. Je schneller dies geschieht, umso eher gestaltet sich das Miteinander spannungsfrei.

Parallelgesellschaften, die schnell entstehen können, würden dies dauerhaft erschweren bzw. ein Miteinander auf der Basis von Freiheit, Gleichheit und Recht verhindern.

Zuwanderung ja – aber mit einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen.

Dies bedeutet:

1. Begrenzung der Aufnahme von Menschen auf der Flucht unter Berücksichtigung der Fluchtursachen, der globalen Solidarität in der Bereitschaft zur Aufnahme und den gegebenen Möglichkeiten zur Integration in unsere Gesellschaft.

2. Verantwortung auch für die Herkunftsländer und die mögliche Rückkehr, um künftig bei der Gestaltung eines lebenswerten Landes mitzuwirken.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Deutsche Sprache und deutsches Wertesystem als Pflichtfach für Zuwanderer.
- Zuwanderer sollen möglichst frühzeitig Sprache und Wertesystem erlernen.
- Die IHK, die HWK und der VBW haben auch in Unterfranken Integrationslotsen installiert, die den Flüchtlingen, aber auch den Unternehmen bei der Integration helfen.
- Begrenzung der Flüchtlingszahlen durch gerechte Verteilung und geeignete Maßnahmen innerhalb der EU.



Berufsintegrationsklasse,
Berufsschule Main-Spessart

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Integration kann nur gelingen durch die Vermittlung von
 - Wertekultur,
 - Alltagskultur und
 - Verantwortungskultur.
- Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft.
- Gesetzestreue muss immer über religiösen Verhaltensregeln, kultureller Tradition oder persönlichen Einstellungen stehen.
- Anerkennung der staatlichen Schulpflicht erforderlich.
- Trennung von Staat und Religion.



Flüchtlingslager

3. Wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen wiederherstellen.
4. Lückenlose Kontrollen an den deutschen nicht ausreichend gesicherten Außengrenzen und konsequente Rückführung an sichere Drittstaaten.
5. Abstimmung der Grenzkontrollen mit den Transitstaaten.
6. Bei Bedarf Kapazitäten der Bundespolizei ausweiten und Unterstützung durch die Bundeswehr ermöglichen.
7. Recht und Sicherheit EU-weit wiederherstellen.
8. Verantwortungsbewusster Umgang mit Familiennachzug unter Berücksichtigung des dauerhaften Verbleibs und damit der Integration in unsere Gesellschaft.
9. Politisch verantwortbare Ausweitung der sicheren Herkunftstaaten.
10. Einzelfallprüfung und subsidiärer Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge.
11. Konsequente Wiedereinreiseperrn für illegale Einwanderer.

Grundregel für eine gelingende Integration ist eine verbindliche und verbindende „Leitkultur“, die größtenteils im Grundgesetz sowie der Bayerischen Verfassung verankert ist.

Integration gelingt, wenn die Menschen in einem Land miteinander gut und vertrauensvoll zusammenleben. Jedes vertrauensvolle Zusammenleben geht über reine Nützlichkeitsabwägungen hinaus. Keine Gesellschaft kann funktionieren, wenn sie „nur“ gut organisiert ist. Vielmehr müssen die Menschen, um sich in eine soziale Ordnung erfolgreich einzubringen, von ihrem Sinn überzeugt sein.

Mit „Leitkultur“ meinen wir weder ein abstraktes noch ein starres Gebilde. Sie ist weder ein zurechtgezimmerter Wertekanon noch ein lebensferner Tugendkatalog. Die „Leitkultur“ ist nichts Verordnetes, sondern etwas Gewachsenes und Gelebtes. Sie speist sich aus der stillschweigenden Übereinkunft

der Bürgerinnen und Bürger, welche Grundregeln ihnen für das Zusammenleben in unserem Land besonders wichtig sind. Damit meinen wir

- unsere Wertekultur auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung
- unsere Alltagskultur als Ausdruck des guten Miteinanders
- unsere Verantwortungskultur in die Solidargemeinschaft einzubringen

Konkret bedeutet das:

1. Deutsch ist die Sprache des öffentlichen Lebens und das Tor zur Integration, sie ermöglicht den direkten Umgang miteinander.

Wichtig für ein gedeihliches Zusammenleben ist, dass man eine gemeinsame Sprache spricht, nur dann kann man sich gegenseitig verständigen und gegenseitig Verständnis für Gedanken, Einstellungen und Lebensführung entwickeln.

2. Jeder muss sich an Recht und Gesetz halten.

Gesellschaftliche Vielfalt kann sich nur entwickeln, wenn alle dasselbe unter Recht und Gesetz verstehen. Für Paralleljustiz, die beispielsweise aus dem Recht der Familie, aus Clandanken oder aus der Scharia folgt, ist kein Platz bei uns. Das Gewaltmonopol liegt einzig und alleine beim Staat. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss gelten. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die sexuelle Selbstbestimmung. Ebenso die Achtung des Eigentums anderer. Gesetzestreue steht immer über kulturellen Traditionen, religiösen Verhaltensregeln oder persönlichen Einstellungen.

3. Das jüdisch-christlich-abendländische Wertefundament ist für unser Zusammenleben bindend.

Die Würde des Menschen, seine Einzigartigkeit und die freiheit-



Wegkreuz an der Volkacher Mainschleife

liche Selbstbestimmtheit jeder Person sind die gedanklichen Grundlagen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört auch unsere Haltung zum Schutz unserer Umwelt.

4. Auch Religionsfreiheit ist nicht schrankenlos.

Bei uns sind Religion und Staat klar getrennt. Diese Trennung ermöglicht erst Religionsfreiheit. Diese kennt freilich auch Grenzen, beispielsweise in der Schule, wo der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag Vorrang hat vor religiösen Einstellungen. Die staatliche Schulpflicht regelt all dies. Der Staat setzt den Rahmen, bestimmt die Lehrpläne und die Prüfungsordnungen, nicht ein Hauslehrer oder die Koranschule.

5. Kulturelle Traditionen und Freiheiten müssen respektiert werden

Kulturelle Traditionen bringen Menschen zusammen, geben unserem Leben zum Beispiel durch Sonn- und Feiertage einen eindeutigen Rhythmus und sind Ausdruck für das, was uns im öffentlichen Leben wichtig ist. Wir wollen

niemanden in eine Tracht zwingen oder vorschreiben, welche Musik man hören darf. Dennoch werden wir an unseren wertvollen Traditionen und dem sinnvoll gewachsenen Brauchtum festhalten, wie zum Beispiel den Sankt-Martins-Zug, den wir nicht in Sonne-Mond-und-Sterne-Fest umbenennen wollen.

6. Alltägliche Umgangsformen sind Ausdruck von Respekt

Wir sind es gewohnt, andere Menschen mit einem Händedruck zu begrüßen und uns mit einem Gruß zu verabschieden, schwächeren Menschen unsere Hilfe anzubieten oder fremden Menschen offen und nicht hinter einem Schleier verborgen zu begegnen. Dabei geht es nicht um Höflichkeitsfloskeln, sondern darum, unseren Mitmenschen Respekt und Verständnis entgegenzubringen.

7. Unser solidarisches Zusammenleben besteht aus Rechten und Pflichten.

Nur weil Deutschland als Solidargemeinschaft funktioniert, sind innere und soziale Sicherheit gewährleistet. Wir erwarten von

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Gegenseitiger Respekt von Tradition und Kultur leben und fördern.
- Umgangsformen als Ausdruck von Respekt und Achtung.
- Rechte und Pflichten als Grundlage der deutschen Solidargemeinschaft.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Ghettobildung vermeiden.
- Unterstützung und Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit in Gesellschaft und Vereinen.
- Integration durch Einbindung in Vereine und Verbände bei Kultur, Musik, Kunst und Sport.
- Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft.
- Einheitlichkeit bei den Abläufen und Zuständigkeiten schaffen.
- Ehrenamtskoordinatoren in allen Landratsämtern und Kreisfreien Städten in Unterfranken als Schnittstelle in der Gesellschaft.

jedem einzelnen, der mit uns in diesem Land lebt, einen Beitrag zu seinem eigenen Lebensunterhalt und für die Solidargemeinschaft. Wer sich nur auf die Solidargemeinschaft verlassen will und diese ausnützt, verstößt gegen unsere Leitkultur.

8. Unsere geschichtlichen Erfahrungen sind Auftrag.

Wir erwarten von allen Menschen bei uns, dass sie die Geschichte unseres Landes nicht ignorieren oder Ereignisse daraus abstreiten, sondern die richtigen Lehren daraus ziehen.

9. Die Interessen unseres Landes gehen vor.

Wer dauerhaft gemeinsam mit uns in diesem Land leben will, muss sich mit dem Land soweit identifizieren und das Bewusstsein in sich tragen. Hier sind nicht die Interessen seines Herkunftslandes ausschlaggebend, sondern des Landes, das neue Heimat bieten will.

Zusammenfassung

Wesentliche Gedanken der sogenannten „Leitkultur“ sind längst

verbindlich. Sie finden Entsprechung im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung.

Wir halten die Logik einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft, in der sich jeder auf jeden hin irgendwie integriert, für untauglich, um ein gedeihliches Miteinander zu gestalten, das Geborgenheit, Heimat und Sicherheit bietet. „Leitkultur“ bildet deshalb die Grundlage unseres Integrationsgesetzes. Wir erwarten, dass Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, „Ja“ sagen zu dieser Leitkultur. Eine Anpassungsleistung an die Grundregeln in unserem Land ist deshalb erforderlich. Dabei wollen wir den Zuwanderern durch Sprach- und Integrationskurse helfen. Wer diese Chance ausschlägt, kann nicht erwarten, dass er dennoch alle Sozialleistungen in vollem Umfang erhält.

Was heißt das für Unterfranken?

1. Wichtig ist darauf zu achten, dass die Menschen im Blick auf eine gelingende Integration nicht nur in Städten oder größeren Kommunen konzentriert einquartiert werden, sondern die Verteilung flächendeckend und annähernd gleichmäßig auf unsere Gemeinden und Städte erfolgt.

2. Ghettobildung in großen Gemeinschaftsunterkünften vermeiden. Bevorzugt kleinere Einheiten und dezentrale Unterbringung, auch wenn die Begleitung und Betreuung dadurch aufwändiger ist.

3. Finanzielle Unterstützung von Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden die Zuwanderer aufnehmen und integrieren.

4. Traumabewältigung anbieten.

5. Transparenz und Einheitlichkeit bei Abläufen und Zuständigkeiten sowohl für die Asylbewerber als auch für die Wirtschaft und die Aus-



bildungsbetriebe.

6. Die vielen jungen Menschen integrieren durch Schulpflicht und Schulförderung insbesondere in der deutschen Sprache, aber auch in der Berufsvorbereitung, wobei die Erkenntnisse von Erziehungswissenschaftlern im Blick auf Nachhaltigkeit zu beachten sind.

7. Zusammenarbeit von Behörden mit den Berufsverbänden und Kammern zur Integration im Arbeitsleben.

8. Die Zuwanderer nach der bestandenen Deutschprüfung in Ausbildung bringen und mit den Kammern spezielle Angebote umsetzen.

9. Nach der Ausbildung den Zuwanderern die Chance geben, weiteren Aufenthalt in Unterfranken zu ermöglichen und damit auch die Ausbildungsunternehmen motivieren, in die Ausbildung zu investieren.

10. Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen, aber auch Einbindung von Flüchtlingen in die ehrenamtliche Arbeit.

11. Flächendeckende Organisation von Patenschaften in Bezug auf Alltagstätigkeiten: Hilfe bei Behördengängen, Benutzen von ÖPNV, Einkaufen etc.

12. Auch die CSU kann mit ihren internen Gliederungen und Arbeitskreisen aktiv Integration mitgestalten. Wir haben das im Bereich vieler russlanddeutscher oder türkischstämmiger CSU-Mitglieder bereits bewiesen.

13. Dialog Christentum-Islam. Verständnis bei uns durch Sachinformation über den Islam aufbauen.

14. Da viele muslimische Familien in sehr autoritären Strukturen leben, ist es wichtig, sich an die Väter zu wenden und unsere Werte und Vorstellungen zu vermitteln und zu

diskutieren. Wenn die Familienväter überzeugt sind, wird sich die gesamte Familie integrieren lassen.

15. Aufklären der eigenen Bevölkerung um eine Art „Neiddebatte“ zu verhindern. Tenor so vieler Diskussionen: „Die Ausländer bekommen alles, was sie brauchen. Was aber ist mit unseren eigenen Grundschulern aus sozial schwachen Familien? Was ist mit unseren Obdachlosen? Mit unseren sozial Schwachen, die keine Erfahrung mit Behördengängen etc. haben? Wer fährt sie ins Schwimmbad? Wer sorgt dafür, dass sie zum Einkaufen kommen? Wer bäckt ihnen einen Kuchen?“

16. Integration in Unterfranken nicht nur als Problem, sondern auch als Chance wahrnehmen und mitgestalten. Dies ist eine Möglichkeit dem demografischen Wandel auf dem Lande zu begegnen.

Dank an alle Beteiligten:

Wir als Gesellschaft tragen Verantwortung für die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsopfer und wollen dieser Verantwortung gerecht werden. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen – die gesamte Gesellschaft, Kirchen, Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche, Vereine, die gesamte Bevölkerung und vor allem die Medien sind aufgerufen, hierzu in positivem Sinne ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Großer Dank gebührt den vielen ehrenamtlichen Helfern, den kirchlichen Organisationen von Caritas und Diakonie, sowie allen Hilfsorganisationen in Unterfranken für ihre positive Begleitung des nicht immer einfachen Prozesses. Die Zusammenarbeit aller am Prozess Beteiligten, vor allem im staatlichen Sektor, bei dem es keine „Blaupause“ gab, war bisher beispielhaft. Diesen Weg sollten wir beibehalten.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- **Verständnis schaffen in der Bevölkerung durch Sachinformationen über den Islam.**
- **Neiddebatten in der eigenen Bevölkerung vermeiden durch Aufklärung und Erklärung der Zusammenhänge und der staatlichen Leistungen.**

„Großer Dank gebührt den vielen ehrenamtlichen Helfern, den kirchlichen Organisationen von Caritas und Diakonie, sowie allen Hilfsorganisationen in Unterfranken für ihre positive Begleitung des nicht immer einfachen Prozesses.“



Kurgarten, Bad Kissingen

GESUNDHEIT UND PFLEGE

„Unsere Gesundheit ist unser höchstes Gut.“

- Die Gesundheit ist das höchste Gut und die Grundlage für eine hohe Lebensqualität.
 - Im Gesundheitsbereich arbeiten in Deutschland über 4 Millionen Menschen.
 - Die Gesundheitsausgaben pro Jahr in Deutschland steigen stetig und sind derzeit bei 327 Milliarden Euro
- (Quelle: Stat. Bundesamt für 2014)

Diese drei Aussagen umreißen das Spannungsfeld des Themas Gesundheit am besten. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle ist unser politisches Ziel. Wir wollen auch die Beschäftigungschancen, die der Gesundheitssektor bietet, nutzen. Gleichzeitig muss das gesamte System aber finanzierbar bleiben.

Auch die Gesundheitswirtschaft funktioniert nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie jeder andere Zweig unserer Volkswirtschaft, wengleich hier viele Regulierungen, Bestimmungen und Budgetierungen hinzu kommen, die in anderen Wirtschaftszweigen

fehlen oder weniger ausgeprägt sind. Bei Fehlentwicklungen muss daher genau geprüft werden, an welcher Stellschraube (Regulierung, Preis- und Honorargestaltung, Versicherungssystem usw.) die große Politik drehen muss, um gewünschte Korrekturen zu erreichen.

Darüber hinaus können strukturelle Entscheidungen vor Ort und regionale Anreizsysteme positive Impulse setzen. Dieses Papier der CSU Unterfranken konzentriert sich im Wesentlichen auf die Betrachtung dieser regional- und lokalpolitischen Ansätze:

„Gesundheitsregionen plus“ - Entscheidungen vor Ort treffen

Mit dem Konzept „Gesundheitsregionen plus“ will Bayern seit 2015 die medizinische Versorgung und Prävention im Freistaat durch regionale Netzwerke weiter verbessern und fördert diese auch finanziell. Diese bestehen aus Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik und allen die vor Ort bei der gesundheitlichen Ver-

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Gesundheitsregion plus – Entscheidungen vor Ort treffen.
- Die Bäderlandschaft Bayerische Rhön stärken.

sorgung und Prävention eine wesentliche Rolle spielen.

Ziele und Schwerpunkte

Die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern ist ein Ziel der bayerischen Gesundheitspolitik.

- Nachhaltige Festigung des bestehenden Netzwerkes in der prädikatisierten Region durch eine Koordinationsstelle
- Reduzierung von Doppelstrukturen
- Moderation der Aktivitäten im Gesundheitsnetzwerk
- Qualitätssicherung in der Gesundheitsregion

Innerhalb Bayerns sind die lokalen Versorgungsstrukturen und die Präventionsangebote sehr unterschiedlich. Deswegen können die Akteure vor Ort die Lage am besten beurteilen und passgenaue Maßnahmen entwickeln. Solche lokal erarbeiteten Lösungen haben zudem eine höhere Bindungswirkung und Akzeptanz. In Unterfranken bestehen aktuell folgende „Gesundheitsregionen plus“:

- Bäderland Bayerische Rhön (Landkreise Bad Kissingen und

Rhön-Grabfeld)

- Stadt und Landkreis Würzburg
- Landkreis Haßberge
- Landkreis Miltenberg

Stärkung der Kur- und Bäderlandschaft Bayerische Rhön

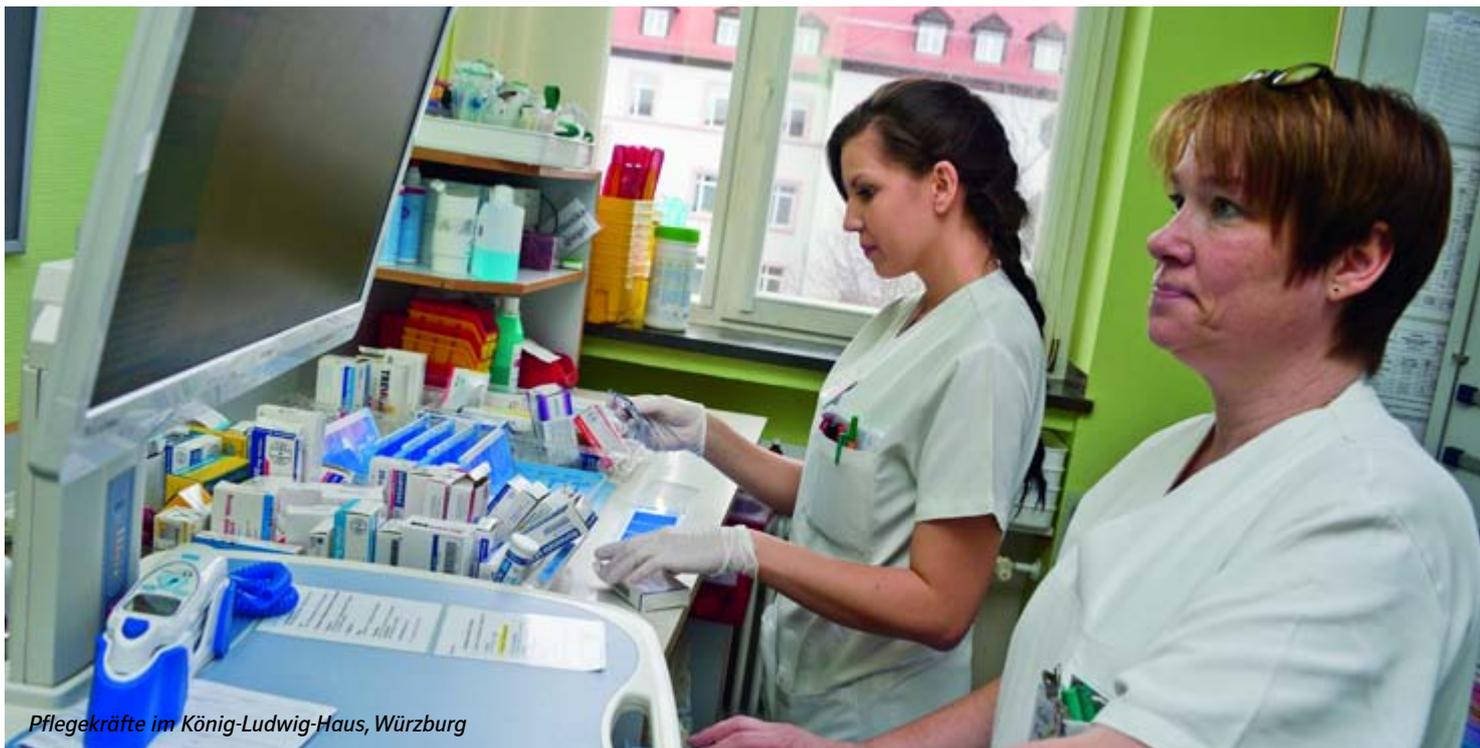
Im Freistaat gibt es fünf Kurstädte mit dem Prädikat „Staatsbad“. Das sind in Unterfranken Bad Bocklet, das für sein Wasser mit hohem Kohlensäure- und Eisengehalt bekannt ist, Bad Brückenau mit seiner rund 250-jährigen Gesundheitstradition und Bad Kissingen als eines der bekanntesten deutschen Kurorte. Die Heilbäder Bad Neustadt und Bad Königshofen sind ebenso wichtiger Teil der Gesundheitsregion.

Das Bäderland Bayerische Rhön ist eine Premium-Gesundheitsregion mit einer hohen Kompetenz in der Akut- und Rehabilitationsversorgung sowie der Gesundheitsförderung.

Die wesentlichen Handlungsfelder hierbei sind,

- gesund bleiben,
- gesund werden,
- gesund urlauben.

„Das Bäderland Bayerische Rhön ist eine Premium-Gesundheitsregion mit einer hohen Kompetenz in der Akut- und Rehabilitationsversorgung sowie der Gesundheitsförderung.“



Pflegekräfte im König-Ludwig-Haus, Würzburg

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Neue medizinische Zukunftsthemen erschließen.
- Akademie für Gesundheitswirtschaft etablieren.
- Weiterbildung zu Badeärzten.
- Berufsakademie für Gesundheitsberufe errichten.
- Neue Studiengänge mit den Hochschulen für Gesundheitsberufe etablieren.
- Stetige Verbesserung durch Kooperationen von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen durch „Gesunde Städte“.

Strategische Ausrichtung und Unterstützung innovativer Projekte der Kurorte und Heilbäder auf medizinische Zukunftsthemen (wie Burnout, Osteoporose, Allergien, Metabolisches Syndrom sowie Betriebliches Gesundheitsmanagement u.a.), um neue Gästekreise zu erschließen

Die dynamische Verknüpfung der Themengebiete untereinander wird durch das Zentrum für Telemedizin in Bad Kissingen komplettiert. Innovative telemedizinische Ansätze tangieren alle Branchen der Gesundheitswirtschaft und sichern somit eine dynamische horizontale Verknüpfung der regionalen Akteure.

Ziel der CSU-Unterfranken ist die Stärkung der „Bäder-Region“ und die Ausbildung von Fachkräften durch

- die Einrichtung einer Akademie für Gesundheitswirtschaft in Kooperation mit der IHK und den unterfränkischen Hochschulen.
- Weiterbildung zu Badeärzten als Alleinstellungsmerkmal in der Region
- Errichtung eines Hochschulzerti-

fikatslehrganges „Telemedizin“

- Errichtung einer Berufsakademie für Gesundheitsberufe im berufsbegleitenden Bereich
- Schaffung von zusätzlichen Studiengängen für Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe mit Abschluss Bachelor bzw. Master
- Gründung des „Campus Weiterbildung“ durch die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt.

„Gesunde-Städte-Netzwerk“

Das „Gesunde-Städte-Netzwerk“ der Bundesrepublik Deutschland ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen. Die beteiligten Kommunen haben sich mit diesem Netzwerk ein Lern-, Aktions- und Diskussionsinstrument geschaffen, mit dem sie ihre eigene Arbeit im Sinne der „Gesunde-Städte-Konzeption“ vor Ort unterstützen und bereichern können.

Für diese Funktion hat der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch eine hohe Bedeutung. Alle Mitglieder müssen für die Erfüllung dieser Zweckbestimmung Sorge tragen.



Staatsbad, Bad Brückenau



Haßberg-Kliniken, Haßfurt

In diesem Netzwerk sind aktuell die Städte Würzburg, Bad Kissingen und Aschaffenburg. Wesentliche Bestandteile dabei sind die Bürgerbeteiligung, die Vernetzung der lokalen Akteure und die Verknüpfung der Instrumente der Gesundheitsförderung innerhalb der Kommunen.

Hausarztsituation in Unterfranken

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird immer schlechter, lautet ein immer wieder beschworenes Szenario von Fachleuten, auch im Gesundheitspolitischen Arbeitskreis (GPA) der CSU Unterfranken.

Die Altersstruktur der Hausärzte spielt bei der Bedarfsplanung keine Rolle. Dabei ist ein Drittel der Hausärzte in Unterfranken älter als 60 Jahre. Rund 300 von ihnen sind in den kommenden Jahren darauf angewiesen, einen Praxisnachfolger zu finden. Doch das wird immer schwieriger. Neben der KVP hat nun auch die Mainfranken GmbH sich des Problems angenommen und bietet Fachforen an, um weiterhin eine gute medizinische Versorgung zu er-

möglichen.

Unter anderem wurde ein Seminarprogramm „Fit für die Praxis“ für angehende Hausärzte aufgelegt. Das Programm reagiert darauf, dass es angesichts einer Flut gesetzlicher Regelungen für junge Mediziner immer schwieriger wird, sich niederzulassen. In vier Modulen arbeiten sich angehende Hausärzte in das Steuer-, Arbeits- und Vertragsrecht ein, also Dinge, mit denen sie in ihrem Studium eher wenig in Berührung kamen. Es geht um Patientenrechte und das Arzthaftungsrecht, um die Kassenabrechnung, das ärztliche Honorar sowie um das Führen der Mitarbeiter in der Praxis.

Mittlerweile schließen viele Hausarztpraxen in Unterfranken, weil sie keine Nachfolger mehr finden. Der Trend geht zu ärztlichen Gemeinschaftspraxen und immer mehr Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im unmittelbaren Umfeld von bestehenden Kliniken. Größere Klinikbetreiber wie das Rhön-Klinikum testen überregional sogenannte Teleportalkliniken.

Die CSU Unterfranken fordert,

- dass die hausarztzentrierte Ver-

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Weiterer Schließung von Hausarztpraxen entgegenwirken durch
 - Förderanreize
 - Teilzeitärzte
 - Kompetenzübertragung
 - Einsatz von Telemedizin

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Investition
 - in Bildung
 - neue Versorgungskonzepte
 - geriatrische Rehabilitation.
- Prävention an Schulen, in Vereinen und Betrieben fördern.
- Flächendeckende Krankenhausversorgung in Unterfranken unbedingt erhalten.
- Fördermöglichkeiten des Freistaates bei Investitionen ausschöpfen zur ständigen Modernisierung der Kliniken.



Ayurveda-Kur, Bad Bocklet

sorgung flächendeckend und auf Dauer sichergestellt werden muss. Die Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung ist an den Bedürfnissen der Patienten auszurichten und nicht an theoretischen und überholten Strukturen.

- dass Doppeluntersuchungen durch die elektronische Gesundheitskarte vermieden werden.
- Verbesserung der Diagnostik durch den vermehrten Einsatz der Telemedizin in Bad Kissingen, auch durch Einsatz von „MONA“ (Mobiler telemedizinischer Assistent).
- Prüfung der Einsatzmöglichkeiten zur Übertragung von Kompetenzen an Heilhilfsberufe und Fachkräfte.
- Beteiligung am Projektvorhaben „Elektronischer Medikamentenplan“.
- Durch Niederlassungsprämien und Stipendienprogramme soll ein finanzieller Anreiz für die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Gebieten geschaffen werden (laufendes Förderprogramm des Bayerischen Gesundheitsministeriums).
- Der Zugang zum Medizinstudium darf nicht vom Notendurchschnitt allein abhängig gemacht werden.
- Dem hohen Anteil von Ärztinnen Rechnung tragen und Landarztpraxen auch mit Teilzeitärzten besetzen.

In der Gesamtbetrachtung der Situation im Gesundheitswesen in Unterfranken fordert die CSU Verbesserungen in der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen

- Kliniken und Ärzten
- Spezialkliniken bzw. Universitätskliniken und Akutkliniken
- Arztpraxen und medizinische Hilfskräften
- Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen
- innerhalb von Pflegeeinrichtungen
- Rehasentren und Arztpraxen bzw. Kliniken

Wir fordern weiterhin Verbesserungen

- für ein modernes und attraktiveres Berufsbild der Pflegeberufe sowie einer besseren Bezahlung.
- bei der Unterstützung im Ausbildungsbereich, z.B. Gütesiegel „Ausbildung mit Wert“ für Pflegeberufe.
- bei der Ausbildungsqualität, Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufs. Hierbei wäre für das Bäderland sehr wichtig, auch Rehakliniken für die Ausbildung zuzulassen.
- bei der Altenhilfe durch ambulante geriatrische Rehabilitation
- bei der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung durch Hospizvereine.
- bei der Sicherung eines wohnortnahen Krankenhauszugangs durch regionale, sektorenverbindende Versorgungskonzepte.
- Innovative Medizinische Versorgungskonzepte fördern, wie zum Beispiel das laufende Förderprogramm des Bayerischen Gesundheitsministeriums.
- bei der Nutzung zusätzlicher Möglichkeiten des neuen Präventionsgesetzes auf kommunaler Ebene.

Prävention und Gesundheitsförderung stärken

Die Prävention nimmt in der Gesundheitsfürsorge eine immer wichtigere Rolle ein. Deshalb regen wir an, die Kompetenzvermittlung an die Bevölkerung in diesem Bereich zu stärken, z.B. über Schulen, Vereine sowie Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung.

Krankenhauslandschaft in Unterfranken

Viele kommunale Krankenhäuser in Unterfranken und speziell im ländlichen Raum kämpfen seit vielen Jahren mit roten Zahlen. Der Fortbestand der meist kreiseigenen Krankenhäuser auf Dauer ist bei vielen Kommunalgremien in kritischer Diskussion.



Wie die aktuellen Entscheidungen im Landkreis Main-Spessart zeigen, hat man sich dort nach intensivem und fachlich begleitetem Meinungsbildungsprozess entschlossen, die bisherigen drei Kreiskliniken in Karlstadt, Lohr und Marktheidenfeld zu schließen und ein neues modernes und leistungsfähiges Krankenhaus zentral zu errichten.

Anzustreben wäre hier eine neue Förderkulisse durch den Freistaat, um kommunale Kooperationen von Standorten zu generieren, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Krankenhausinvestitionen in Unterfranken bis 2019 mit Fördermitteln des Freistaates Bayern

- Psychiatrische Klinik Aschaffenburg (Neubau für vollstationäre Bereiche)
- Leopoldina Krankenhaus der Stadt Schweinfurt (Erweiterung der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie)
- Orthopädische Klinik König-Ludwig-Haus Würzburg (Angliederung einer psychiatrischen Klinik und neuer Aufnahmebereich)

- Landkreis Aschaffenburg, Klinikum Aschaffenburg-Alzenau (Strukturverbesserung: OP-Bereich, Intensivstation, Sterilisation)
- Landkreis Kitzingen Klinik Kitzinger Land (Baubschnitt 1: Erweiterung und Umbau)

Universitätskrankenhaus Würzburg

Die Senioren-Union der CSU Unterfranken fordert die Einrichtung eines Lehrstuhles für Geriatrie an der Universität Würzburg. Erste Gespräche hierzu mit den Verantwortlichen aus Politik und Hochschule sind erfolgt.

Die Errichtung eines Lehrstuhles für Allgemeinmedizin an der Universität Würzburg wird seit Jahren von der CSU Unterfranken gefordert.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Errichtung eines Lehrstuhles für Geriatrie an der Uni Würzburg.
- Aufbau eines Lehrstuhles für Allgemeinmedizin an der Uni Würzburg.



VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND BREITBAND

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Unmittelbare Planung und Umsetzung der Vorhaben zur Engpassbeseitigung in Unterfranken.
- Aufzeigen von Einsparungspotentialen beim Ausbau der A7 und nachträgliche Aufnahme in den BVWP.
- Identifizieren weiterer verkehrlicher Maßnahmen, die die Lebensqualität in den Gemeinden erhöhen, ohne den Ortskern zur Leblosigkeit zu beruhigen.

Verkehr

Mobilität ist ein zentrales Element für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Mobilität erfordert Infrastruktur.

Bayern ist mit seiner Wirtschaftskraft eine tragende Säule der Spitzenposition Deutschlands in Europa und der Welt. Deshalb haben Investitionen in die Infrastruktur im Freistaat immer auch einen hohen gesellschaftlichen Nutzen für Deutschland.

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist ein wichtiges Transitland. Unterfranken liegt im Herzen Deutschlands und benötigt eine entsprechende Infrastruktur.

Der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP-Entwurf 2030) stärkt das Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“. Das ist richtig, damit erhalten wir Infrastruktur für nachfolgende Generationen.

Aber gerade der ländliche Raum in Unterfranken benötigt auch

Neubauprojekte zur besseren Anbindung an Ballungszentren und zur Steigerung der Lebensqualität. Das ist günstiger, als den massenhaften Umzug von Bürgerinnen und Bürgern in die Städte zu bewältigen. Deshalb investiert der Bund ebenso wie der Freistaat Bayern in wichtige Projekte zur Erschließung der Regionen.

Autobahnen und Bundesstraßen

Der neue Bundesverkehrswegeplan ist mit einem Volumen von rund 269,6 Milliarden Euro und über 1.000 Projekten das stärkste Investitionsprogramm für die Infrastruktur, das es je gab.

Davon muss Bayern und insbesondere Unterfranken auch profitieren. Bayern hat mit über 17 Prozent den zweitgrößten Anteil an Investitionen in den Neu- und Ausbau von Straßen. Im Vergleich zum BVWP 2003 hat sich dieser Anteil beim Neu- und Ausbau von Straßen um über 70 Prozent gesteigert.

gert – von 6,79 Milliarden Euro auf 12,03 Milliarden Euro.

In Unterfranken müssen besonders die Hauptachsen gestärkt werden. Deshalb ist der laufende Ausbau der A3 das richtige Signal, gerade auch für den Ballungsraum Würzburg. Projekte wie der Ausbau der B469 zwischen A3 und A45 verbessern die Anbindung an diese wichtige Lebensader.

Das Wachstum der Verkehrsströme auf der A7 zwischen Schweinfurt und Kreuz Werneck muss genau beobachtet werden und der sechsspurige Ausbau schnellstmöglich angegangen werden. Die Infrastruktur Aschaffenburgs wird mit der B26 ausgebaut.

Aber auch der ländliche Raum wird gestärkt, zum Beispiel mit der Einstufung der B286n nach Bad Kissingen in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ oder mit Ortsumfahrungen wie Wegfurt oder Mömlingen.

Unterfranken verfügt, wie der ganze Freistaat Bayern, über eine leistungsfähige Straßenbauverwaltung. Deshalb können hier auch Projekte geplant werden, die

in den weiteren Bedarf mit Planungsrecht eingeordnet sind.

Es muss der Anspruch Unterfrankens sein, diese Projekte in den nächsten 15 Jahren ebenfalls zu verwirklichen, wenn in anderen Bundesländern durch Planungsmängel oder Gerichtsverfahren Mittel nicht abgerufen werden. So wird der ländliche Raum weiter gestärkt.

Staatsstraßen

In Unterfranken sind aktuell 27 Projekte in der höchsten Dringlichkeitsstufe, 16 Projekte im Planfeststellungsverfahren, 21 Projekte in der Dringlichkeitsstufe 2 in Bearbeitung. Mit den Brückenbauwerken stellen diese eine Investitionssumme von rund 370 Millionen Euro in den nächsten Jahren dar.

Trotzdem fordern wir, die bisher üblichen Ausbaustandards für Staatsstraßen auf den Prüfstand zu stellen. Zukünftig muss mit reduzierten Standards kostengünstiger gebaut werden, ohne dass bei der Verkehrssicherheit Abstriche gemacht werden.

Wir haben bei der Ausarbeitung dieser Broschüre eine Fülle an

„In Unterfranken müssen besonders die Hauptachsen gestärkt werden.

Deshalb ist der laufende Ausbau der A3 das richtige Signal, gerade auch für den Ballungsraum Würzburg.“



Erneuerung der Fahrbahndecke, Autobahn A7



Autobahn bei Knetzgau

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Den 6-spurigen Ausbau der A7 im Bereich der Hauptverkehrsströme planen und umsetzen.
- In Unterfranken sind ca. 370 Mio. Euro für den weiteren Ausbau bzw. Neubau und Brücken für die nächsten Jahre vorgesehen.
- Radwegenetz weiter ausbauen in Unterfranken.

Maßnahmen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Autobahn, Straße, Schiene, Wasserstraße) erfasst, die für Unterfranken in den nächsten Jahren sehr wichtig sind. Alle von uns geforderten Maßnahmen finden Sie auf der Internetseite www.csu.de/unterfranken unter dem Reiter „Zukunft 2020“.

Radwegenetz

Bayern ist Radland Nummer 1. Dazu trägt auch das große Radwegenetz Unterfrankens mit dem Mainradweg bei. Der Radtourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor gerade in Unterfranken geworden. Wir begrüßen alle Maßnahmen des weiteren Ausbaus auch unter dem Gesichtspunkt der E-Mobilität und des Aufbaus eines Ladenetzes für Elektrofahrräder. In Bayern sind aktuell bis 2019 hierfür rund 200 Millionen Euro vorgesehen.

Schienenwege

Der Güterverkehr wird in den nächsten Jahren weiter stark wachsen. Deshalb wird nicht nur ein Ausbau der Straßeninfrastruktur benötigt, sondern auch ein weiterer Ausbau der Schienenwege.

Besonderes Augenmerk im BVWP gilt der Beseitigung von Engpässen. Bundesweit werden Engpässe auf einer Streckenlänge von rund 700 Kilometer abgebaut werden. Davon entfallen ca. 130 km auf die Ausbaustrecke Burgsinn-Gemünden-Würzburg-Nürnberg. Fast die Hälfte der neuen Schienenprojekte des „Vordringlichen Bedarfs“ des BVWP verläuft durch Bayern (8 von 18). So verbessert sich die Anbindung von Aschaffenburg und Würzburg mit besserer Vernetzung nach Hanau und Erfurt, hier legt der Bund fast 8 Milliarden Euro in Unterfranken an. Gerade die Bahnstrecke Würzburg-Nürnberg ist die meistbefahrene Trasse in Bayern.

Die überfällige und schnellstmögliche Modernisierung des Hauptbahnhofes Würzburg fordern wir hartnäckig. Ein gelungenes Beispiel der Umsetzung stellt der neue moderne Aschaffener Hauptbahnhof dar.

Auch die Schieneninfrastruktur abseits der Hauptstrecken muss im Blickfeld bleiben. Neben neuen Bahnhaltedpunkten, die bereits in den letzten Jahre geschaffen wurden, wie z.B. in Schonungen, sind weitere Bahnhaltedpunkte in Heidingsfeld, Mainaschaff und Obernau sowie Aschaffenburg-Hochschule vorgesehen.

Der Abschluss des derzeit zweitgrößten Schienenprojektes in Bayern, die Strecke Hanau – Nantenbach, wird Unterfranken als Drehscheibe im Bahnnetz weiter nach vorne bringen.

An einer Reihe von Bahnhöfen in Unterfranken sind Modernisierungsmaßnahmen geplant. Bayern ist das einzige Bundesland, das ein eigenes Programm „Stationsoffensive“ aufgelegt hat. In Verbindung mit dem neu aufgelegten Förderprogramm „Barrierefreier Bahnhof“ gilt es dieses zu nutzen, zuvorderst in den Kreisstädten. Auch notwendige Lärmschutz-

maßnahmen sind für ein modernes Bahnnetz in Unterfranken wichtig und sollten ebenso wie beim Straßenbau wesentlicher Bestandteil von Ausbaumaßnahmen sein.

Die im vorliegenden Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 vorgesehene „Mottgers-Spange“ wird seitens der Bayerischen Staatsregierung wegen möglicher Verschlechterungen im Fernverkehr für den Bayerischen Untermain abgelehnt. Eventuell notwendige Beschleunigungsmaßnahmen auf der bestehenden Spessartquerung Würzburg – Aschaffenburg werden alternativ befürwortet.

Die Elektrifizierung der Strecke Aschaffenburg – Miltenberg ist mittelfristig anzustreben in Verbindung mit der Elektrifizierung der Strecke zum Aschaffener Hafen. Mit dieser Maßnahme wird die Kopfhafenfunktion des Bayernhafens erheblich verbessert und der Logistikstandort am Untermain gestärkt (genaue Trassenverläufe sind hierbei noch zu untersuchen).

Wasserstraßen

Der Main ist die historische Lebensader Unterfrankens. Er behält auch in Zeiten des Individualverkehrs eine wichtige Rolle.

Deshalb muss er auch in Zukunft weiter als Schifffahrtsweg gepflegt und genutzt werden.

Die Entscheidung des Bundes, die Fahrrinnenvertiefung des Untermain bis Aschaffenburg in den „Vordringlichen Bedarf“ zur Engpassbeseitigung einzustufen, ist daher richtig.

Die dafür notwendigen Mittel von über 28 Mio. Euro sind gut angelegt und ergänzen die bereits laufende Fahrrinnenvertiefung zwischen Wipfeld und Limbach.

Sachstand Main

Derzeit wird der gesamte schiffbare Main (388 km) in der Wasserstraßenklasse Vb ausgebaut. Hierdurch werden eine Fahrrinnenbreite von 40 m in der Geraden und eine Fahrrinntiefe von 2,90 m unter hydrostatischem Stau erreicht, wodurch die Binnenschifffahrt 40 cm mehr Abladetiefe gewinnt. Wenn diese Arbeiten

„Bayern ist Radland Nummer 1. Dazu trägt auch das große Radwegenetz Unterfrankens mit dem Mainradweg bei.“

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Generalsanierung des Hauptbahnhofs in Würzburg vorantreiben
- Neue Bahnhaltedepunkte umsetzen und Bahnhöfe ausbauen.
- Die „Mottgers-Spange“ im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes wird abgelehnt



Fahrradfahrer bei Aschaffenburg

„Wir wollen die Züge zu den Menschen bringen und nicht umgekehrt.“

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Wirtschaftlichkeit der Binnenschifffahrt auf dem Main durch Vertiefung der Fahrrinne weiter umsetzen.
- Kopfhafenfunktion für den Bayernhafen Aschaffenburg umsetzen.
- Verkehrslandeplätze Aschaffenburg, Giebelstadt und Haßfurt als Schwerpunkte im Landesentwicklungsplan.

abgeschlossen sind, ist vorgesehen im Bereich des Untermains (von der Mündung in den Rhein bzw. für Bayern von der Landesgrenze zu Hessen bis zum Hafen Aschaffenburg – am stärksten befahrener Abschnitt des Mains) die Wirtschaftlichkeit der Binnenschifffahrt weiter zu erhöhen, indem dort die Fahrrinntiefe auf 3,30 m unter hydrostatischem Stau ausgebaut werden soll. Hierdurch wird eine Abladetiefe von 3,10 m erreicht. Dabei beträgt die Fahrrinnenbreite in diesem Abschnitt 50 m in der Geraden.

Flughäfen

Die regionale Luftverkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für Unterfranken, welcher die Industrie- und Gewerbeansiedlung fördert.

Mit den Verkehrslandeplätzen Aschaffenburg, Giebelstadt und Haßfurt legt das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) leistungsfähige Schwerpunktländeplätze fest.

Die Konversion des ehemaligen Militärflugplatzes Giebelstadt und die Herstellung der Instrumentenflugtauglichkeit am Verkehrslandeplatz

Haßfurt hat der Freistaat mit über 4 Mio. Euro gefördert und damit die Luftverkehrsinfrastruktur in Unterfranken gestärkt.

Digitale Infrastruktur

Neben der konventionellen Infrastruktur benötigt unsere Gesellschaft auch eine gute digitale Infrastruktur, und zwar überall. Nur so werden auch Projekte wie eHealth möglich, nur so erhalten wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Deutschland stellt die Bundesregierung rund 4,0 Mrd. Euro zur Verfügung. Ziel ist der Ausbau zukunftsfähiger und hochleistungsfähiger Breitbandnetze in Gebieten, in denen in den kommenden drei Jahren kein privatwirtschaftlicher Ausbau solcher Netze erfolgt. Bis 2018 sollen überall Anschlüsse mit circa 50 Mbit/s verfügbar sein.

Dank der zwischen Bund und Freistaat ausgehandelten Kofinanzierungsrichtlinie, können Mittel aus dem Landesförderprogramm bis zu dessen Förderhöchstbe-



Wipfelder Mainfähre



Mainfrankenbahn bei Retzbach

trag (liegt in Abhängigkeit von bestimmten Strukturindikatoren zwischen 500.000 und 950.000 Euro) für eine gemeinsame Projektfinanzierung eingebracht werden.

Die Unterfränkischen Gemeinden müssen dieses Angebot nutzen und Mittel zur Planung und zum Ausbau beantragen. Dank der Kofinanzierungsrichtlinie mit dem Freistaat Bayern ist eine schlagkräftige Kombination aus Landesförderung mit ihrer hohen Förderquote bis 90 Prozent und der Bundesförderung mit ihrem hohen Förderhöchstbetrag von bis zu 15 Mio. Euro möglich.

Über 2018 hinaus müssen aber weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um noch höhere Bandbreiten zu erreichen. 30 Mbit/s reichen für den einfachen Privatanschluss erst einmal aus, für Gewerbe werden in naher Zukunft bereits Bandbreiten im Gigabit-Bereich benötigt. Darum hat das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium ein 350 Mio. Euro schweres Förderprogramm aufgelegt, um Gewerbegebiete mit Bandbreiten von mindestens 1 GBit/s ans Glasfasernetz anzuschließen.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Anschluss aller Haushalte in Unterfranken mit mindestens 50 Mbit/s.
- Schaffung von Gigabit-Anschlüssen in Gewerbegebieten.
- Identifizieren von Potentialen der Digitalisierung für die Erhöhung der Lebensqualität im ländlichen Raum.
- Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der Digitalisierung.
- Realisieren von Digitalisierungsmaßnahmen, die den Zwang zur Abwanderung in Ballungsräume reduzieren.



Steigerwald-Zentrum – Nachhaltigkeit erleben



LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Faires Miteinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft.
- Bürokratie eindämmen, z.B. bei der Düngeverordnung.
- Bocksbeutel als Markenzeichen erhalten.
- Anbau von gentechnisch veränderten Organismen in Unterfranken weiter unterbinden.

Land- und Forstwirtschaft

Für die CSU sind Land- und Forstwirtschaft die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes. Wir haben Vertrauen in die unterfränkische Landwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt, d. h. zu den Winzern, den Gärtnern sowie den Anbauern von Sonderkulturen. Wir sind ihnen ein zuverlässiger Partner. Die Lebensmittelherzeugung soll zwar Vorrang haben, doch auch die Unterstützung der erneuerbaren Energiegewinnung sowie das Schützen der natürlichen Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten soll in Verbindung mit der Landnutzung möglich sein. Wir wollen ein faires Miteinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft.

Unterstützung

• Wir wollen mit allen Mitteln die vielfältige Bürokratie eindämmen, mit der unsere Landwirte und Gärtner zunehmend konfrontiert sind. Zum Beispiel wollen wir bei

den aktuellen Diskussionen um die Dünge-Verordnung einen fairen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz erreichen.

- Wir wollen die Angebote der Beratung, Aus- und Weiterbildung in Unterfranken erhalten und für deren zeitgemäße Ausstattung sorgen (z. B. das Lehr-, Versuchs- und Fachzentrum für Schweinehaltung Schwarzenau)
- Wir stärken die staatlichen Einrichtungen vor Ort wie das Amt für Ländliche Entwicklung Würzburg, das zusammen mit anderen Behörden den Strukturwandel im ländlichen Raum kompetent begleitet.

Energieversorgung

• Die Energiewende stellt die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Sie eröffnet den Landwirten aber auch neue Einkommensmöglichkeiten und macht sie somit ein Stück weit unabhängiger von Preisschwankun-

gen sowie von staatlichen Subventionen. Unsere Landwirte sind mit ihrem Grund und Boden wichtige Partner und müssen in Fragen der Energiewende frühzeitig einbezogen werden.

- Wir stehen für verlässliche Regelungen bei Investitionen in verschiedene Arten der erneuerbaren Energieversorgung. Insbesondere Landwirte, die in die Nutzung von Biomasse investiert haben, brauchen für die Zukunft verlässliche Rahmenbedingungen.

Weinbau

- Mit unserem Einsatz ist es auf EU-Ebene gelungen, das Pflanzrechtregime im Weinbau zu erhalten. Die bestehenden Pflanzrechte ermöglichen auch leichter den Erhalt der Steillagen als Teil der fränkischen Kulturlandschaft.

- Gerade der Weinbau in Franken muss sich an die klimatischen Veränderungen anpassen. Die zeitweise Bewässerung einzelner Weinberge stellt eine Möglichkeit dar, soweit diese wirtschaftlich und im Hinblick auf potentielle Bodenerosionen vertretbar erscheint. Gemeinsam mit den Winzern wollen wir verantwortbare Lösungen der Wasserspeicherung und Bewässerung finden. Darüber hinaus ist die Forschung nach trockenheitsresistenteren Rebsorten zu intensivieren.

- Wir setzen uns dafür ein, dass der Bocksbeutel als Markenzeichen Weinfrankens auch in Zukunft geschützt bleibt.

Gartenbau

- Der Gartenbau in seiner Vielfalt hat für Unterfranken eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Wir versuchen durch ständigen Gedankenaustausch mit den Gärtnern manche europäischen Verwerfungen im Wettbewerb zu eliminieren.

- Staatliche Marketingmaßnahmen zum verstärkten Absatz regionaler Produkte, auch aus dem gewerblichen Gartenbau, haben

sich bewährt und sollen weiter verstärkt werden.

Forstwirtschaft

- Die vielfältigen Waldgebiete in Unterfranken sind ein wertvolles Kapital, das wir weiterhin zusammen mit den Menschen vor Ort erhalten wollen: im Spessart und Odenwald, im Maindreieck, der Rhön, den Haßbergen und im Steigerwald.

- Wir unterstützen bei der Waldbewirtschaftung den Grundsatz des „Schützens und Nützens“. Der Würzburger Stadtwald als wertvolles Ökosystem hat hier Vorbildfunktion. Auch im Steigerwald wird dieser Grundsatz von den Bayerischen Staatsforsten erfolgreich und beispielhaft praktiziert. Wir wollen den Steigerwald als Naturpark erhalten und weiter stärken. Der langfristigen Überführung in ein Weltkulturerbe stehen wir offen gegenüber.

- Der Klimawandel macht in den kommenden Jahrzehnten einen Umbau der Wälder in Unterfranken erforderlich. Standortgerechte, klimaangepasste und sturmresistente Wälder sind die beste Absicherung für die Zukunft. Durch Beratung und Förderung sollen die Waldbesitzer beim notwendigen Waldumbau unterstützt werden. Außerdem soll jede Möglichkeit genutzt werden, den Wäldern Niederschlagswasser zuzuführen.

- Dort, wo möglich, soll die Neuanlage von Wald weiter unterstützt und gefördert werden, auch in Siedlungs- und Stadtnähe als Schutz vor sommerlicher Überhitzung.

Gentechnik

- Die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik sind auch in Unterfranken deutlich erkennbar. Wir sorgen mit gesetzlichen Regelungen dafür, dass auch künftig der Anbau gentechnisch veränderter Organismen untersagt bleibt.

„Wir haben Vertrauen in die unterfränkische Landwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt, zu den Winzern, den Gärtnern sowie den Anbauern von Sonderkulturen. Wir sind ihnen ein zuverlässiger Partner.“



Bocksbeutel – Markenzeichen des Frankenweins

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Grundsatz „Schützen und Nützen“ bei der Wald- und Landbewirtschaftung hat Vorrang.
- Biosphärenreservat Rhön stärken und weiterentwickeln.
- Forschung der Umweltwissenschaften an Hochschulen in Unterfranken ausbauen.
- Schutz unseres Trinkwassers und der Gewässer sowie verbesserter Hochwasserschutz.
- E-Mobilität in Bad Neustadt stärken und Forschung im Bereich Antrieb vorantreiben.
- Dorferneuerungsmaßnahmen zur Gestaltung des ländlichen Raumes voran bringen.



Flächenverbrauch

- Eine weitere Entwicklung Unterfrankens wird nicht ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen möglich sein. Deshalb begrüßen und unterstützen wir die Initiativen vieler Kommunen zur verstärkten Innenentwicklung unserer Städte und Dörfer und damit zu einer Reduzierung des Flächenverbrauchs. Die Zersiedelung unserer Landschaft wollen wir weiter eindämmen.
- Die Begrünung von Dächern und Fassaden leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Grünflächen und wertvoller Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorbildfunktion einnehmen. Bau- und Verkehrsflächen sollen bei Neuausweisungen und Umgestaltungen durch punktuelle Entsiegelung und Pflanzungen ökologisch aufgewertet werden.

Natur und Umwelt

Unterfranken verfügt über eine beeindruckende Vielfalt an wertvollen Kulturlandschaften mit einer beachtlichen Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten.

Die Bewahrung der Schöpfung ist das Ziel christlich-sozialer Politik. Richtschnur unseres Handelns ist deshalb die Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie in Unterfranken. Den Schutz von Umwelt und Natur wollen wir gemeinsam mit den Menschen in Unterfranken, vor allem mit unseren Landwirten, voranbringen – und nicht gegen sie.

Naturschutz

- Wir wollen den hohen Naturreichtum und die Artenvielfalt in Unterfranken bewahren und stehen für eine Naturschutzpolitik, welche die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt. Für uns ist die gute Zusammenarbeit aller Gesellschaftsgruppen Voraussetzung zum Gelingen eines zielführenden Naturschutzes in einer lebenswer-

ten Heimat, getreu dem Prinzip „Nutzen und Schützen“.

- Die Übertragung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Brönnhof in das „Nationale Naturerbe“ bietet die Chance, die dortigen Flächen gemeinsam mit den Bürgern zu einem Gebiet für Erholung, Tourismus und Naturpädagogik in Wert zu setzen. Die Nutzung von erneuerbaren Energien in Randgebieten und die Waldbewirtschaftung in Teilen müssen weiter möglich bleiben.

- Beim Bau von Freiflächenphotovoltaikanlagen bleibt ein Großteil des Bodens unversiegelt und steht der Natur weiterhin zur Verfügung. Aus intensiv bewirtschafteten Agrarflächen entstehen oftmals einzigartige Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt. In diesem Fall sind nach unserer Auffassung keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

- Die Optimierung und Verbesserung vorhandener naturnaher Flächen muss nach unserer Auffassung Vorrang haben vor einer Inanspruchnahme neuer Flächen.

- Das Biosphärenreservat Rhön als Aushängeschild des unterfränkischen Naturschutzes und Motor für den ländlichen Raum gilt es zu stärken und weiterzuentwickeln.

- Unternehmen sowie Privatpersonen sollen verstärkt für die Belange des Naturschutzes in Haus und Garten gewonnen werden, zum Beispiel durch Pflanzung von Nährgehölzen für den Vogelschutz, Anlage von bienenfreundlichen Pflanzflächen oder durch Nutzung von Regenwasser.

Forschung

- Die Forschung im Bereich der Umweltwissenschaften soll an der Universität Würzburg sowie an den Hochschulen Würzburg-Schweinfurt und Aschaffenburg weiter ausgebaut werden. Insbesondere Speichertechnologien und netzstabilisierende Technologien sollen dort weiter erforscht werden.

Trinkwasser- und Gewässerschutz

- Wir stehen für einen sorgsamem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft. Unsere Trinkwasserversorgung muss auch weiterhin in kommunaler Hand bleiben – wir wollen keine Privatisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung. Bereits im Juni 2013 konnte die CSU nach monatelangem Druck erreichen, dass die EU-Kommission die komplette Herausnahme der Wasserversorgung aus den Vorgaben der umstrittenen Konzessionsrichtlinie befürwortet hat. Dies muss auch in Zukunft so bleiben.

- Wir wollen die hohe Qualität des Grundwassers in Unterfranken erhalten und noch verbessern. Eine weitere Reduzierung der Nitratbelastung bleibt daher unser Ziel. Dabei sollen auch innovative und unkonventionelle Möglichkeiten erprobt werden.

- Die Wassergüte in den zahlreichen Flüssen und Seen Unterfrankens soll auch künftig auf einem guten Niveau erhalten bleiben. Die Gewässer sind nicht nur Lebensräume für Pflanzen und Tiere, sondern spielen auch als Freizeiteinrichtungen für Touristen und zum Baden eine große Rolle.

- Vorsorgender Hochwasserschutz bleibt auch in Unterfranken eine große Herausforderung. Wo immer möglich, soll der Wasserrückhalt in den Tälern der Fließgewässer verbessert werden und sollen technische Bauwerke den Hochwasserschutz in Dörfern und Städten ergänzen.

- Die Regenwasserretention soll bei Baugenehmigungen und öffentlichen Bauvorhaben noch stärker berücksichtigt werden. Außerdem sollen Maßnahmen zur Flächenentsiegelung gefördert werden.

Verkehr und Mobilität

- Das Fahrrad spielt als umweltfreundliches Verkehrsmittel sowie als Tourismusfaktor eine immer



wichtigere Rolle in Unterfranken. Wir wollen Unterfranken zum Radfahrer-Bezirk machen und das gute Radwegenetz weiter ausbauen.

- Wir wollen einen gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr in ganz Unterfranken mit einem abgestimmten Tarifsystem und bester Vernetzung. Ein gemeinsamer Verkehrsverbund für die Region Mainfranken sowie eine Einbindung des westlichen Unterfrankens in den Rhein-Main-Verkehrsverbund wird die Attraktivität des ÖPNV in der Region signifikant erhöhen.

- Unterfranken ist ein wichtiger Standort der Automobil-Zulieferindustrie. Der Ausbau alternativer Antriebskonzepte und neuer Fahrzeugtechnologien bietet große Chancen für die Wirtschaft in der Region. Wir wollen Unterfranken als Leitregion für umweltfreundliche Antriebsttechnologien voranbringen. Die EU-Gesetzgebung mit ambitionierten aber realistischen Zielen für den CO₂-Ausstoß bei Pkw kommt den Zulieferern entgegen.

- Wir wollen Bad Neustadt als Modellstadt für Elektro-Mobili-

„Unterfranken verfügt über eine beeindruckende Vielfalt an wertvollen Kulturlandschaften mit einer beachtlichen Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten. Die Bewahrung der Schöpfung ist das Ziel christlich-sozialer Politik.“

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Stromtrassen in Unterfranken nur bei tatsächlichem Bedarf und möglichst unter der Erde.
- Bei TTIP und CETA die unterfränkischen Produkte schützen und die Qualitäts- und Umweltstandards festschreiben.

tät weiter stärken. Das Netz von Elektro-Ladestationen muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft im ganzen Bezirk weiter ausgebaut werden.

- Über die E-Mobilität hinaus sollen weitere Varianten des Antriebes, wie Gasantrieb und auch der Wasserstoffantrieb, Förderung und Aufmerksamkeit erfahren. Wir unterstützen entsprechende Informationskampagnen sowie jeglichen Anreiz, um für jeden die passende Antriebsvariante zur Verfügung zu stellen.

Wertstoffe

- Im Zuge der Reform des Wertstoffgesetzes wollen wir die Kommunen stärken und eine faire Partnerschaft mit freien Unternehmen ermöglichen. Dies fördert regional angepasste und bürgerfreundliche sowie ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen. Bewährte Modelle, wie die Wertstoffsammlung über Wertstoffhöfe, sollen im neuen Wertstoffgesetz berücksichtigt werden. Wertstoffe sollen möglichst oft recycelt werden, bevor sie zu Abfall werden.
- Durch regelmäßige Informationsmaßnahmen soll bei allen Generationen das Bewusstsein für einen nachhaltigen Umgang mit Wert- und Reststoffen geschärft werden.

Energie

- Die CSU in Unterfranken setzt sich vor dem Hintergrund der Debatten um die europäischen und deutschen Klimaschutzziele für eine steuerliche Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung ein. Auf den Gebäudesektor entfallen rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und ein Drittel der CO₂-Emissionen. In Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudesektor steckt daher erhebliches Potenzial. Davon wird auch das Handwerk in Unterfranken durch vermehrte Sanierungsaufträge profitieren. Die

steuerliche Förderung kommt daher einem Konjunkturprogramm für die relevanten Handwerksbetriebe gleich. Die rot-grünen Bundesländer müssten ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben.

- Unterfranken erzeugt bereits jetzt mit ca. 160 Anlagen bayernweit den meisten Windstrom und leistet so bereits einen hohen Beitrag zur Energiewende. Wir sind für einen behutsamen Ausbau der Windkraftanlagen zusammen mit den Menschen (Energiegenossenschaften).
- Beim Bau neuer Stromtrassen muss der tatsächliche Bedarf schlüssig nachgewiesen werden nach dem Grundsatz „so wenig wie möglich, so viel wie nötig“. Das Potential des Bestandsnetzes muss dabei stärker genutzt werden. Die Realisierung von möglichen Neubauvorhaben muss mit Rücksicht auf Mensch und Natur erfolgen. Die Möglichkeit der Erdverkabelung ist dabei soweit wie möglich zu nutzen.
- Der Austausch und Einsatz LED-basierter Leuchtmittel im öffentlichen Straßenraum und in öffentlichen Gebäuden soll weiter gefördert werden. Diese Maßnahmen zur Stromeinsparung haben Vorbildfunktion für den privaten Sektor und helfen zudem, die Lichtverschmutzung durch Streulicht zu minimieren.

Verbraucherschutz

Die CSU in Unterfranken setzt auf den mündigen Verbraucher, der gut informiert ist und eigenverantwortlich am Marktgeschehen teilnimmt. Wir setzen dabei auf Informationsmaßnahmen, welche die breite Bevölkerung erreichen und das Bewusstsein der Bürger für Verbraucherschutz schärfen. Staatliche Regelungen und Kontrollen sollen auch den Menschen in Unterfranken sichere Lebensmittel und Produkte sowie Dienstleistungen garantieren. Unterfranken bietet eine große Vielfalt an regionalen und saiso-



Kreuzberg – Heiliger Berg der Franken

nenalen Produkten. Immer mehr Verbraucher legen Wert auf solche Lebensmittel. Sie sind Teil unserer unterfränkischen Identität und Lebensqualität. Die damit verbundene Wertschätzung ist Ausdruck des Vertrauens in die Arbeit unserer Landwirte.

Regionalität

- Nachvollziehbare Herkunft und Frische der Produkte bereichern die Ernährung. Der Einkauf auf dem Bauernhof wird oft auch zum Erlebnis. Wir unterstützen die Direktvermarktung. Diese leistet einen entscheidenden Beitrag zur Existenzsicherung unserer Landwirte und macht den ländlichen Raum attraktiv.
- Auch der Handel und viele Märkte bieten inzwischen regionale Nahrungsmittel und andere heimische Produkte an und verstärken so die Wertschöpfung in der Region.

Ernährung

- Die EU hat mit der Lebensmittelinformationsverordnung die Grundlage dafür geschaffen, dass sich die Verbraucher umfassend über die Inhaltsstoffe und Nährwerte eines Produktes informieren und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Wir sorgen vor Ort dafür, dass die vom Gesetzgeber eingeräumten Spielräume, z. B. die Allergenkennzeichnung bei Essensangeboten in ehrenamtlicher Tätigkeit bei Festen nicht zu Einschränkungen führen.
- Ernährungs- und Konsumentenbildung sind ein fester Bestandteil in unseren Kindergärten, Schulen aber auch in der Erwachsenenbildung. Wir sorgen dafür, dass dort die Kenntnisse über eine ausgewogene Ernährung und gute Haushaltsführung vermittelt werden.



Weinkulturhaus, Bürgstadt

- Wir wollen, dass Verbraucher die großen Chancen des Internets sicher nutzen können – beim Online-Einkaufen, bei Bankgeschäften, in sozialen Netzwerken und beim Recherchieren von Informationen.

Verbraucherstandards erhalten

- Bei den aktuell im Verhandlungsstatus befindlichen Freihandelsabkommen CETA und TTIP wollen wir dafür Sorge tragen, dass unsere hohen heimischen Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsstandards erhalten bleiben und geschützt werden. Auch wird mit uns der hohe Schutzgrad unseres heimischen Trinkwassers nicht ausgehebelt.
- EU-weite Standards müssen auch von den anderen europäischen Ländern einheitlich und zeitgleich umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der nationalen Umsetzung die EU-Rechtsakten im rechten Maß (1:1) umgesetzt werden und für Unterfranken keine zusätzlichen Nachteile entstehen.



Gemüseanbau hat in Unterfranken Tradition



DEMOGRAPHIE, FAMILIE UND SOZIALES

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Zuzug von Wohnbevölkerung und Arbeitskräften zielgerichtet fördern.
- Ärztliche Versorgung auf dem Land aufrecht erhalten.
- Weitere Verbesserung der ÖPNV-Angebote.
- Wohnen und Versorgung im Alter sicherstellen.

Demografie

Zuzug von Wohnbevölkerung und Arbeitskräften zielgerichtet fördern:

- Aktives Werben für das Leben auf dem Land bei wohnungssuchender Stadtbevölkerung
- Weitere kommunale Allianzen fördern (Beispiel: Hofheimer Land, Gebäude- und Flächenmanagement, Bestand von Innenentwicklungspotentialen erfassen, Leerstände und Baulücken erfassen)
- Umsetzung der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung: Unterstützung der Kommunen und Landkreise beim aktiven Standortmarketing (wie kann z.B. die Verlagerung einer Behörde in einen Landkreis / ein Mittelzentrum Auslöser für weitere Gewerbeansiedlungen werden? Was müssen die unterfränkischen Kommunen tun, um nicht nur Übergangswohnort, sondern attraktiver dauerhafter Wohnort für die Mitarbeitenden der verlager-

ten Behörden zu sein?)

- Schnellstmögliche Breitbandversorgung (ist der Standortfaktor für Wohnen und Arbeiten auf dem Land)

Ärztliche Versorgung auf dem Land aufrecht erhalten:

- Förderung von Telemedizin: Ausbau der Region Bad Kissingen zur Telemedizin-Musterregion. Beispiel: Projekt „Mobile Augenkunde mit Schwerpunkt Patienten in Pflegeheimen und Altersheimen“ durchgeführt vom Konsortium Dr. Manfred Westhoff (niedergelassener Augenarzt), Dr. Konofsky (niedergelassener Augenarzt), Tele-Ophthalmologisches Institut (Erlangen) und Talkingeyes&more GmbH mit zwei weiteren Preisträgern mit dem Bayerischen Innovationspreis Gesundheitstelematik 2015
- Aufheben des NC für Allgemeinmedizin bundesweit
- Bessere Koordinierung der Facharztausbildung zwischen Kliniken

im ländlichen Raum fördern. Erläuterung: Die Facharztausbildung dauert für Mediziner im ländlichen Raum oft erheblich länger, weil die verschiedenen Anforderungen nicht an einem Klinikstandort alleine erfüllt werden können. Erstellen mehrere Kliniken ein gemeinsames Fortbildungskonzept (z.B. Main-Spessart, Kitzingen und Ochsenfurt), ist ein Standort im ländlichen Raum für Ärzte und Ärztinnen wesentlich attraktiver.

Weitere Verbesserung der ÖPNV Angebote:

- Integration von Schulbus- und regulären Buslinien
- Alternative vernetzte Mobilitätsformen fördern: Mobilitätskonzepte wie „drive now“ wären auch in Aschaffenburg, Würzburg und Schweinfurt möglich. Mitfahrzentralen und Car-Sharing, Kombination von klassischen und digitalen Taxisystemen wie „BlaBlaCar“, „Uber“, Bürgerbusse und dynamische Fahrgastinformationssysteme in den Landkreisen und über Landkreise hinweg kombinieren

Wohnen und Versorgung im Alter sicherstellen

- Altersgerechte Wohnformen in Kommunen anbieten. Hier sind unsere CSU-Bürgermeister/innen und Gemeinderät/innen aktiv
- Altenpflegeeinrichtungen ambulant und stationär sichern. Auf bayerischer und Bezirks-Ebene durch die finanzielle Förderung
- Integrierte Konzepte des Zusammenlebens von Generationen entwickeln. Gelungene Beispiele gibt es bereits in vielen Kommunen: Generationenspielflächen (z.B. in Kleinlangheim, Landkreis Kitzingen)
- Betreuungsangebote für Demenzkranke durch Schüler/innen der Mittelschulen. Die Schüler/innen werden durch professionelle Pflegekräfte angeleitet und erhalten ein Zeugnis über ihre Tätigkeit (z.B. in Kitzingen), Generationenhäuser (z.B. in Haßfurt)

Familie

Weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen, gute und ortsnahe Bildung aufrechterhalten

- Vielen jungen Eltern fehlen unterstützende familiäre Strukturen vor Ort. Ehrenamt wie Leihgroßeltern, Nachbarschaftshilfe, Lesepaten oder Ferienbetreuung können hier einen Ausgleich schaffen. Wir setzen uns ein für eine Vernetzung der Angebote für Eltern auf kommunaler und interkommunaler Ebene, z.B. von Ehrenamtsbörsen (z.B. in Würzburg), Zeit füreinander (z.B. in Wiesentheid, Landkreis Kitzingen), Tageseltern-Service etc. = integriertes Konzept. Ideal wäre eine Anlaufstelle für Eltern aus einer Hand.
- Auf Landkreisebene wollen wir eine Kooperation mit professionellen Anbietern wie etwa den pmc-Familien-Service anregen (ein Service, der Verträge direkt mit den Arbeitgebern abschließt. In Betreuungsnotfällen – Kinder oder Pflegebedürftige Angehörige – schickt pmc garantiert innerhalb von 12 Stunden eine qualifizierte Betreuungskraft. Für die Mitarbeiter/innen ist das eine echte Entlastung, wenn andere Betreuungsmodelle nicht greifen.)
- Auf Landesebene: Unterstützung von kleinen Grundschulen, Prüfung von Klassenstärken

Familiengerechte Überlegungen bei kommunalen Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigen und Familien in Entscheidungsprozesse vor Ort einbeziehen

- Ein familienfreundliches Umfeld zu schaffen, ist auch eine Maßnahme gegen die Landflucht. Bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen (z.B. Bebauungsplan, Verkehrspolitik), sollten die Belange von Familien besonders berücksichtigt werden.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen, gute und ortsnahe Bildung aufrechterhalten.
- Familiengerechte Überlegungen bei kommunalen Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigen und Familien in Entscheidungsprozesse vor Ort einbeziehen.
- Die bessere finanzielle Absicherung von Eltern mit Kindern – auch von Alleinerziehenden.



UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt und Wirtschaft.
- Eine gute und ortsnahe Bildung aufrechterhalten.
- Familiengerechte Überlegungen bei kommunalen Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigen.

- Bündnisse für Familien oder kommunale Familientische können Familien vor Ort am besten miteinbeziehen. Dazu wollen wir als Kommunalpolitiker noch enger mit diesen Bündnissen zusammenarbeiten.

Die bessere finanzielle Absicherung von Eltern mit Kindern – auch von Alleinerziehenden

- Einführung einer „Familien-Karte“: Jede Kommune wird angeregt, eine „Familien-Karte“ für Ermäßigungen auf kommunale Einrichtungen einzuführen oder bei den Eintrittspreisen einen „Familientarif“ anzubieten. Die lokalen Vereine gehen hier oft mit gutem Beispiel voran (Familienmitgliedschaft).
- Auf bayerischer Ebene wollen wir ein weiteres Instrument zur Stärkung junger Eltern i. d. Betreuungs- und Familienarbeit einfördern (Betreuungsgeld 2.0).
- Wir müssen nach Wegen suchen, alleinerziehende Mütter und Väter noch besser zu unterstützen. Dazu wollen wir mit dem Landesverband der alleinerziehenden Mütter und Väter (VAMV) zusammenarbeiten.

Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt und Wirtschaft

- Unterstützung und Beratung der Arbeitgeber/innen bei der Bereitstellung von Teilzeit- und Telearbeitsplätzen und flexiblen Arbeitszeitmodellen für Männer und Frauen.
- Flexible Arbeitszeitmodelle und Abstimmung von ÖPNV & Öffnungszeiten von Behörden etc. (vgl. 1. Deutscher Gleichstellungsbericht u.v.m. In dem Bericht wird beschrieben, dass oft die verschiedenen „Lebenswelten“ der Eltern und Kinder noch besser aufeinander abgestimmt werden können. Wann und wie kommen Kinder von der Schule nach Hause oder zu Vereinsaktivitäten? Wie sind diese Zeiten synchronisiert mit den Arbeitszeiten der Eltern? Wie können wir Öffnungszeiten von Behörden noch besser auf die verfügbare Zeit von Familien abstellen etc.)
- Freiwilliges soziales Jahr und analoge freiwillige Dienste als Pflichtjahre für jeden jungen Menschen einführen

Inklusion

Inklusion heißt wörtlich übersetzt Zugehörigkeit, also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

Inklusion ist kein Expertenthema – im Gegenteil. Sie gelingt nur, wenn möglichst viele mitmachen. Jeder kann in seinem Umfeld dazu beitragen: Verbände, Vereine, Kommunen, Arbeitgeber/innen.

Inklusion als Handlungs- und Handlungsprinzip in der CSU Unterfranken

- Orts- und Kreisverbände werden aufgefordert, barrierefreie Veranstaltungsorte zu bevorzugen (bei Bezirks- und Landesparteitagen wird Barrierefreiheit bereits umge-



Kindergarten in Kürnach



setzt: rollstuhlgerecht, Sprachassistenten für blinde Menschen, Texte in leichter Sprache etc.)

- Leichte Sprache als alternativer Inhalt hilft Menschen mit Lese- oder Lernschwächen, aber auch Nicht-Muttersprachlern am digitalen Leben teilzuhaben: Wir überprüfen unsere Internetseiten und Veröffentlichungen auf leichte Sprache und Verständlichkeit.
- Einrichtung einer auf ein Jahr befristeten Projektgruppe in der CSU „Barrierefreies Unterfranken“ (vielleicht noch nicht 2016/17)

Ganzheitliche Betrachtung von Inklusion als Ziel in Unterfranken: Inklusion ist nicht lästige Pflicht, sondern Chance für alle

Natürlich wissen wir, dass die Kommunen sorgsam mit ihren Finanzmitteln umgehen müssen und nicht alles sofort umsetzbar ist. Dennoch können wir bei der jeweiligen Bau- oder Überarbeitungsmaßnahme das Thema Inklusion und Barrierefreiheit mitbedenken und nach unseren Möglichkeiten umsetzen, zum Beispiel:

- Auf kommunaler Ebene: Bei Umbaumaßnahmen barrierefreie Zugänge fördern, Beläge auf Geh-

steigen, Plätzen, Straßen barrierefrei oder zumindest barrierearm gestalten, Absenkung der Gehsteige an Straßen-/Fußgängerüberquerungen (darüber freuen sich auch die Familien mit Kinderwagen und ältere Menschen)

- Gemeindebriefe in leichter Sprache, Internetseiten und Hinweisschilder in den Kommunen barrierearm oder barrierefrei gestalten
- Initiieren eines bayernweiten Projekts: Einrichtung eines barrierefreien (z.B. auch für Gehörlose) benutzbaren Notrufsystems.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Inklusion als Haltungs- und Handlungsprinzip in der CSU Unterfranken.
- Ganzheitliche Betrachtung von Inklusion als Ziel in Unterfranken: Inklusion ist nicht lästige Pflicht, sondern Chance für alle.
- Als CSU können wir mit gutem Beispiel vorangehen und Inklusion auch für unsere Verbände voranbringen.
- Bewusstseinsbildung: Barrieren nicht nur in den Köpfen abbauen.



JUGEND IN VERANTWORTUNG

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen müssen zentrales Anliegen der Politik und der gesamten Gesellschaft sein.
- Jugend selbst muss Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen.
- Den Standort Unterfranken für junge Menschen attraktiv machen:
 - Studienmöglichkeiten
 - Semesterticket
 - Schnelles Internet

Den jungen Menschen in Unterfranken geht es gut. Sie sind ohne Krieg und in materiellem Wohlstand aufgewachsen. Sie haben genug zu essen und ein Dach über dem Kopf, sie besitzen Flachbildfernseher und Mobiltelefone. Über das Internet chatten, mailen und skypen sie mit Freunden rund um den Globus. Die junge Generation reist durch die Welt, lernt fremde Kulturen kennen und erkundet andere Länder.

Noch nie in der Geschichte hatte eine junge Generation so viele Möglichkeiten sich zu entfalten und ihr Glück zu finden. Junge Menschen haben allen Grund, zufrieden zu sein – und sie sind es auch. Vor allem auch hier in Unterfranken.

Die heutige Jugend ist aber auch in eine Zeit hineingeboren, in der es keine allgemeingültigen Antworten mehr auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen gibt. Unsere Gesellschaft befindet sich nicht erst seit der Flüchtlingsdebatte in einem

strukturellen Umbruch. Was junge Menschen verbindet, ist eine geradezu seltsame Mischung aus materieller Sorglosigkeit und sozialem Leistungsdruck, persönlichem Zukunftsoptimismus und gesellschaftlichen Zukunftsängsten, parteipolitischer Entfremdung und dem Bewusstsein, dass viele Dinge bleiben sollen, wie sie sind, und andere unbedingt geändert werden sollten.

Die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen müssen zentrales Anliegen der gesamten Gesellschaft sein. Auch die Politik muss ihren maßgeblichen Beitrag dazu leisten und die richtigen Rahmenbedingungen stellen. Ebenso ist aber auch die junge Generation gefragt, Verantwortung zu übernehmen, Ideen einzubringen und zukünftige Entwicklungen mitzugestalten. Wichtige Fragen hierbei sind die Entwicklung unserer Sozialsysteme, der Alterssicherung.

Dieser Verantwortung die Jugend im Hinblick auf ihre Heimat Unterfranken gerne nach. Unterfranken

gehört zu den bayerischen Regierungsbezirken, die auch weiterhin einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2010). Insbesondere die Anzahl Jugendlicher wird erheblich zurückgehen. Gerade deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass Unterfranken für junge Menschen attraktiv bleibt bzw. an Anziehungskraft gewinnt (siehe auch Themenbereich „Heimat, Kultur und Brauchtum“).

Gerade in den ländlichen Bereichen darf in Bezug auf die Teilhabechancen von Jugendlichen die Bedeutung der sozio-kulturellen Integration nicht vernachlässigt werden. Als Indikator für diesen Teilhabeaspekt dient auch die Anzahl von Einrichtungen der Jugendarbeit. Fehlende Freizeitangebote oder Jugendtreffs wirken sich negativ auf die Sozialkontakte der Jugendlichen aus und müssen daher auch im ländlichen Raum ausreichend zur Verfügung stehen.

Mangelhafte Strukturen in diesem Bereich können auch nicht durch das Pflegen sozialer Kontakte im Internet aufgefangen werden. Nichtsdestotrotz ist es elementar, dass vor allem auch in den ländlichen Regionen die Digitalisierung vorangebracht wird. Sie ist nicht nur wichtiger Standortfaktor, sondern auch wesentlicher Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse und damit Anreiz für junge Menschen in ihrer Heimat zu verbleiben. Die Versorgung mit schnellem Internet ist bereits spürbar gewachsen, wir fordern aber auch weiterhin ernsthafte Bestrebungen, dass alle Regionen in Unterfranken im digitalen Zeitalter dem Fortschritt folgen können.

Auch der Mobilität kommt eine entscheidende Rolle zu und hat eine hohe Relevanz für die Lebensqualität von jungen Men-

sch. Schlecht ausgebaute Infrastrukturen und mangelhafte öffentliche Verkehrsverbindungen haben für Jugendliche nachteilige Konsequenzen im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit, die Teilhabemöglichkeiten und das Zeitbudget. Gute Anbindungen an Schul- bzw. Ausbildungsorte, aber vor allem auch an Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten bzw. kulturelle Angebote müssen vorhanden sein, Angebote wie Sammel- und Ruftaxi, der Ausbau sicherer Radwege und lokale Mitfahrbörsen via Internet sind auszubauen.

Gerade Jugendliche in ländlichen Regionen sind von einschneidenden Folgen des demografischen Wandels in besonderem Maße betroffen, wie z.B. von Schulschließungen und von kulturellen Verödungsprozessen. Was aber auch in den Städten oftmals fehlt ist eine Kultur der Beteiligung junger Menschen in politische Entscheidungsfindungsprozesse. Viele Jugendliche sehen sich zu Recht häufig in ihren berechtigten Belangen politisch deutlich unterrepräsentiert, da aus ihrer Sicht kaum eine Vertretung ihrer Inte-

„Gerade in den ländlichen Bereichen darf in Bezug auf die Teilhabechancen von Jugendlichen die Bedeutung der sozio-kulturellen Integration nicht vernachlässigt werden. Als Indikator für diesen Teilhabeaspekt dient auch die Anzahl von Einrichtungen der Jugendarbeit.“



Campusleben in Würzburg

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Flächendeckend Freizeitangebote und Jugendtreffs anbieten.
- Ausbau lokaler Mitfahrbörsen via Internet.
- Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt.
- UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen.
- Wir fordern eine Verbesserung im Bereich des ÖPNV für Auszubildende und Studenten.

ressen als Bevölkerungsgruppe stattfindet. Wir fordern daher den Aspekt demokratischer Teilhabe junger Menschen im kommunalen Bereich stärker ein. Kinder- und Jugendparlamente sind leider immer noch eine Seltenheit und sollten daher auch von den etablierten Kommunalparlamenten wohlwollend unterstützt und begleitet werden. Aber es gibt auch andere Beispiele wie regelmäßig stattfindende Gruppendiskussionen, Schulprojekte und Jugendbeauftragte, die Jugendlichen lokale Politik näherbringen sollen. Es gibt viele demokratische Partizipationsformen für Jugendliche, die auch in Unterfranken zur Verfügung gestellt und genutzt werden sollten, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich frühzeitig mit politischen Prozessen zu beschäftigen und sie dafür zu begeistern.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt und angemessene Formen dieses Engagements. Dazu gehört zuvorderst der flächendeckende Ausbau der Ehrenamtskarte auf kommunaler Ebene. Auch ein ausreichendes

Angebot an Schulungen und Begleitungen ehrenamtlich aktiver Jugendlicher ist unerlässlich, um kontinuierliches Engagement zu gewährleisten. Durch verlängerte Unterrichtszeiten haben Kinder und Jugendliche immer weniger Zeit für außerschulische Aktivitäten. Angebote im ehrenamtlichen Bereich sollten daher näher mit der Schule verbunden werden, zum Beispiel durch einen gemeinsamen freien Nachmittag, der Schülern die Möglichkeit gibt, sich in den unterschiedlichen Verbänden zu engagieren. Zukünftig wird auch verstärkt eine Herausforderung darin liegen, Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker für den ehrenamtlichen Bereich zu gewinnen und in die Strukturen einzubinden.

Um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Unterfranken aller jungen Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, zu gewährleisten, bedarf es Rahmenbedingungen, die niemanden ausschließen oder dauerhaft separieren. Unsere Strukturen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht werden. Gerade für junge Menschen mit Behinderung müssen bedarfsgerechte Wohnformen in Unterfranken geschaffen werden, die es momentan noch nicht ausreichend gibt und die ein selbstbestimmteres Leben ermöglichen würden. Außerdem muss es weitere Bestrebungen geben, den ersten Arbeitsmarkt durch Assistenzbegleitung zu öffnen und Angebote zu erweitern, ohne sich vom Bekenntnis zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderung abzuwenden.

Wir setzen uns außerdem für bessere Tarife bzw. länderübergreifende Tickets des ÖPNV ein. Bislang enden Semestertickets der Hochschulen an den jeweiligen Landesgrenzen. Gerade in



Schulprojekt zum Datenschutz an der Berufsschule Main-Spessart



Stadtstrand in Würzburg

den Grenzbereichen führt das zu Benachteiligungen für Studenten und Auszubildende, die in benachbarte Bundesländer pendeln. Wir benötigen daher Vereinbarungen, die es ermöglichen mit einem Ticket den Studien- bzw. Ausbildungsort zu erreichen.

Die CSU in Unterfranken wünscht sich nicht zuletzt eine stärkere Zusammenarbeit aller Jugendverbände in Unterfranken, ob aus dem Bereich Musik, Sport, Soziales, Kirchen oder Politik, um der Jugend eine stärkere Stimme zu verleihen und die Arbeit im Jugendbereich zu effektivieren.

Unsere jungen Menschen fördern den stetigen Wandel in der personellen Struktur der Partei, um Generationenbrüche zu vermeiden. Das ehrenamtliche Engagement unserer jungen Mitglieder trägt zu deren Persönlichkeitsentwicklung bei und bereitet auf das spätere Leben vor. Hier werden Fähigkeiten erlernt, ob sozialer Natur oder solides Wissen, die das ganze Leben lang von Vorteil sind. Die oft hitzige und heftige Diskussion ist in der Jungen Union gelebter Teil

der Verbandskultur und stellt Inhalte vor Persönlichkeiten. Unsere Junge Union trägt – insbesondere im Hinblick auf den demographischen Wandel – die Verantwortung, der jungen Generation eine starke Stimme zu geben und dafür zu sorgen, dass junge Menschen und ihre Interessen in der Politik eine Rolle spielen.

Generationengerechte Politik umfasst nicht nur eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik, faire Sozialpolitik und erfolgreiche Bildungspolitik – sie muss in allen Politikfeldern gleichermaßen verwirklicht werden. Die Generationengerechtigkeit verknüpft die Bedürfnisse der heutigen Generation mit den Lebenschancen der künftigen Generationen. Die wichtigsten Säulen der Generationengerechtigkeit stellen ein faires Rentensystem, ausgeglichene öffentliche Haushalte, eine verbindliche Vorgabe zur Vermeidung neuer Schulden und die konsequente Rückzahlung von alten Schulden dar.

UNSERE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE:

- Stärkere Zusammenarbeit aller Jugendverbände in Unterfranken einfordern.
- Generationengerechtigkeit: Wir fordern alle Entscheidungen in Politik und Gesellschaft auf Nachhaltigkeit und die Zukunftsfähigkeit zu prüfen.

AUTOREN UND ARBEITSKREIS-LEITER



HEIMAT, KULTUR UND BRAUCHTUM
Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident



WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TOURISMUS
Sandro Kirchner, MdL



INNERE SICHERHEIT, SCHUTZ DER BÜRGER
Gerhard Eck, MdL



FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT
Oliver Jörg, MdL



SCHULE, BILDUNG UND SPORT
Berthold RÜth, MdL



MIGRATION UND INTEGRATION
Barbara Stamm, Landtagspräsidentin



GESUNDHEIT UND PFLEGE
Thomas Bold, Landrat



VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND BREITBAND
Dorothee Bär, MdB



LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, VERBRAUCHERSCHUTZ
Dr. Otto Hünnerkopf, MdL; Dr. Anja Weisgerber, MdB



DEMOGRAFIE, FAMILIE UND SOZIALES
Barbara Becker



JUGEND IN VERANTWORTUNG
Judith Gerlach, MdL

Herausgeber

CSU-Bezirksverband Unterfranken der CSU Bayern e.V.
Karl-Götz-Str. 17, 97424 Schweinfurt
E-mail: unterfranken@csu-bayern.de, Tel: 09721/9477-20
www.csu.de/unterfranken
facebook.com/csunterfranken

Vertretungsberechtigte

Vorsitzender der CSU Unterfranken: Gerhard Eck, MdL
Bezirksgeschäftsführer der CSU Unterfranken: Georg Brückner

Verantwortlicher Redakteur

Georg Brückner, CSU-Bezirksverband Unterfranken
Karl-Götz-Str. 17, 97424 Schweinfurt

Druck

Haßfurter Medienpartner GmbH & Co. KG, Haßfurt

Bildnachweis

S. 2 Fotolia / Moritz Loew (Miltenberg); S. 2 Wikimedia Lizenz CC-BY-SA 3.0 / Tilman2007 (Schweinfurt); S. 3 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Gerhard Eck); S. 4 Fotolia / Klaus Epele (Blasmusik); S. 5 Bayerische Schlösserverwaltung / Foto-Alfen Aschaffenburg (Pompejanum); S. 6 Deutsches Fastnachtmuseum / Ronald Grunert-Held (Fastnachtmuseum); S. 7 Tourist-Information Schweinfurt 360° / Heinz Kempf (Kirchweih); S. 8 Wikimedia Lizenz CC-BY-SA 3.0 / Sigi Knoll (Gewerbegebiet); S. 9 Fotolia / demarco (Kugellager); S. 10 Linde Material Handling GmbH (Gabelstapler); S. 11 Pixabay (Windräder); S. 12 Haßberge Tourismus / A. Hub (Burgruine); S. 14 Fotolia / Anna Mai (Mainbrücke); S. 15 Bayerisches Staatsministerium des Innern für Bau und Verkehr (Polizeiautos); S. 16 Polizei Bayern (Uniformen); S. 17 Nieto Sobejano Arquitectos Berlin, Madrid (Amtsgericht Haßfurt); S. 17 Staatliches Bauamt Würzburg (Feuerweherschule); S. 18 Universität Würzburg (Hörsaalgebäude); S. 19 M. Schlör (FHWS); S. 20 Hochschule Aschaffenburg (Hochschule); S. 21 Rhöniversum Umweltbildungsstätte Oberelsbach gGmbH / Melanie Edelmann (Rhöniversum); S. 22 Hochschule Aschaffenburg / Stefan Marquardt (Laborraum); S. 23 Wikimedia Lizenz CC-BY-SA 3.0 / Togodumnus (E-Tankstelle); S. 24 Fotolia / Contrastwerkstatt (Lehrerin); S. 25 Pixabay (Fußball); S. 26 Fotolia / Contrastwerkstatt (Bäcker); S. 27 ChemieBW/Eppler (Forscher); S. 28 Georg Brückner (Aufnahmeinrichtung); S. 29 Berufsschule Main-Spessart (Berufsintegrationsklasse); S. 30 Pixabay (Flüchtlinge); S. 31 Florian Dittert (Mainschleife); S. 32 Wikimedia Lizenz CC-BY-SA 3.0 / Klaaschwotzer (Grundgesetz); S. 34 Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH (Kurgarten); S. 35 König-Ludwig Haus (Pflegekräfte); S. 36 Fotolia / mojolo (Bad Brückenaue); S. 37 Haßberg-Kliniken (Patientengespräch); S. 38 Romana Kochanowski (Ayurveda); S. 39 Haßberg – Kliniken (Operation); S. 40 CSU Landesleitung (Breitband); S. 41 Glöckle GmbH (Fahrbahnerneuerung); S. 42 Günter Flegel / Mediengruppe Oberfranken (Autobahn); S. 43 Fotolia / Kzenon (Radfahrer); S. 44 Gemeinde Wipfeld (Fähre); S. 45 Claus Weber / DB Regio Franken (Mainfrankenbahn bei Retzstadt); S. 46 kh - Katrin Heyer Photographie (Steigerwaldzentrum); S. 47 Haus des Frankenweins / Rolf Nachbar (Bocksbeutel); S. 48 Amt für ländliche Entwicklung, Würzburg (Klingenberg); S. 49 Pixabay (Landwirt); S. 50 Wikimedia Lizenz CC-BY-SA 3.0 / Labete (Kreuzberg); S. 51 Churfrankenvinothek / Markt Bürgstadt (Weinkulturhaus); S. 51 Christian Keller (Gemüse); S. 52 CSU Landesleitung (Hände); S. 53 Pixabay (Oma); S. 54 Gemeinde Kürnach (Kindergarten); S. 55 Aktion Mensch e.V. (Rollstuhlfahrer); S. 56 Pixabay (Frauen); S. 57 Universität Würzburg (Campus); S. 58 Berufsschule Main-Spessart (Schulprojekt); S. 59 Universität Würzburg (Stadtstrand); S. 60 Privat (12); S. 64 Fotolia / Erwin Wodicka (Weinberge)

© CSU Bezirksverband Unterfranken, 2016 – Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier oder elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die CSU Unterfranken keine Gewähr.
Stand 08/2016

„Nachhaltigkeit ist für ein Familienunternehmen selbstverständlich.“

Alexander Knauf, Geschäftsführender Gesellschafter



Knauf ist ein Global Player. Aber auch ein Familienunternehmen. Deshalb denken wir heute schon an die Generationen von morgen. Um ihnen eine intakte Umwelt zu hinterlassen, achten wir auf ganzheitliche Nachhaltigkeit. Und die beginnt schon bei der Gewinnung des natürlichen Rohstoffs Gips. Vom schonenden Abbau über den gezielten Arten- und Biotopschutz bis hin zu modernen Recycling-Verfahren.

www.knauf.de/nachhaltigkeit

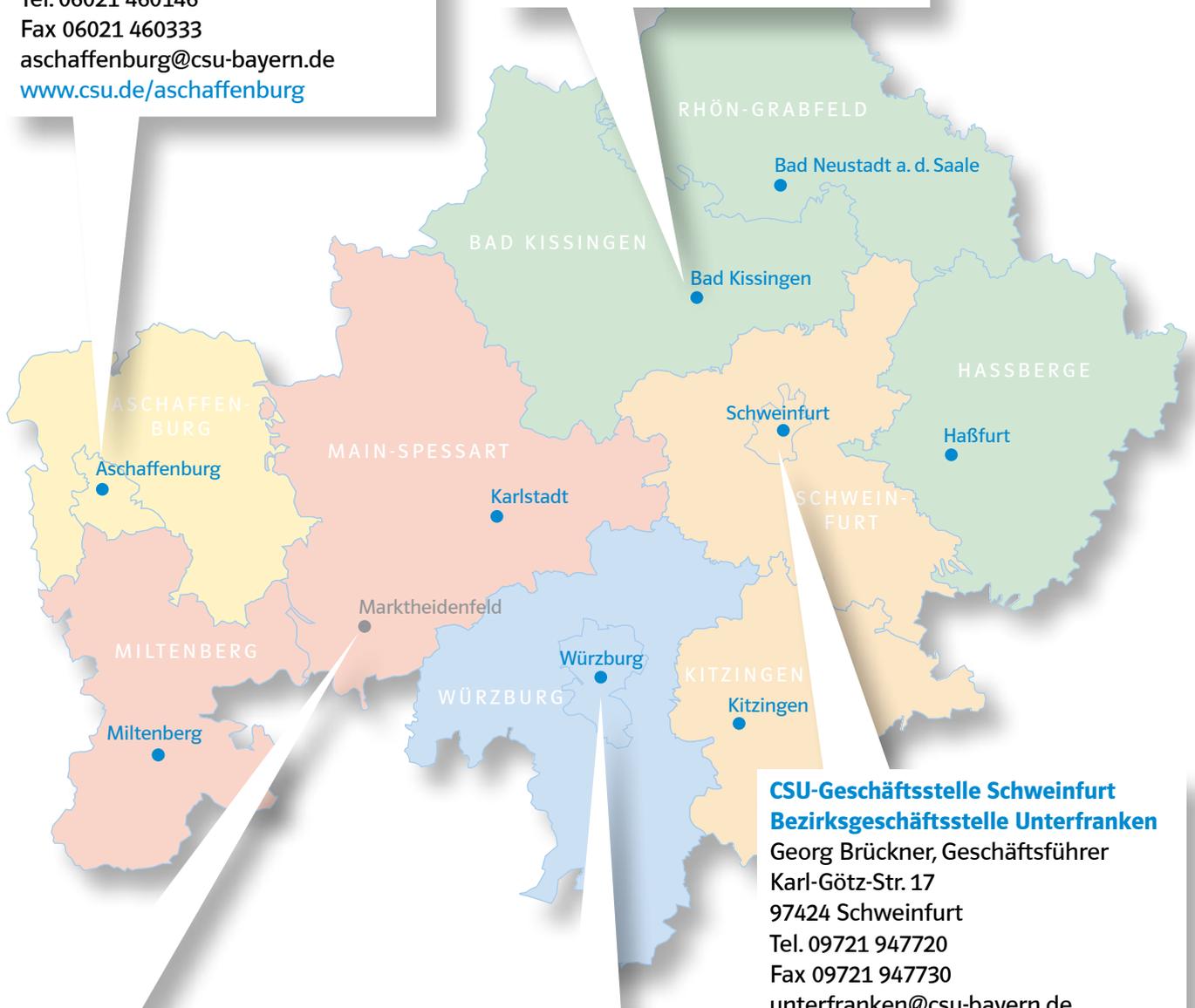
KNAUF

CSU-Geschäftsstelle Aschaffenburg

Helmut Schuhmacher, Geschäftsführer
Knodestraße 3
63741 Aschaffenburg
Tel. 06021 460146
Fax 06021 460333
aschaffenburg@csu-bayern.de
www.csu.de/aschaffenburg

CSU-Geschäftsstelle Bad Kissingen

Detlef Heim, Geschäftsführer
Erhardstr.17
97688 Bad Kissingen
Tel. 0971 78570470
Fax 0971 78570479
bad-kissingen@csu-bayern.de
www.csu.de/bad-kissingen



CSU-Geschäftsstelle Main-Spessart

Herbert Hemmelmann, Geschäftsführer
Baumhofstraße 21
97828 Marktheidenfeld
Tel. 09391 915813
Fax 09391 915812
csu-bundeswahlkreis@gmx.de
www.csu.de/main-spessart

CSU-Geschäftsstelle Würzburg

Peter Kreutner, Geschäftsführer
Steinachstr. 3b
97082 Würzburg
Tel. 0931 53340
Fax 0931 52906
wuerzburg@csu-bayern.de
www.csu.de/wuerzburg

CSU-Geschäftsstelle Schweinfurt Bezirksgeschäftsstelle Unterfranken

Georg Brückner, Geschäftsführer
Karl-Götz-Str. 17
97424 Schweinfurt
Tel. 09721 947720
Fax 09721 947730
unterfranken@csu-bayern.de
www.csu.de/schweinfurt
www.csu.de/unterfranken



Bezirksverband **UNTERFRANKEN**



facebook.com/CSUunterfranken

www.csu.de/unterfranken